

# Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandten Berufsgenossen.  
Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Gesamgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementpreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Postfessel, bei Aufsendung unter Kreuzband M. 1.40.  
Anzeigen kosten die dreigesparte Bettizelle über deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2509.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Große Theaterstraße Nr. 44, erste Etage.

**Inhalt:** Ein Bescheid der Reichskommission. Ein wunder Bunkt unserer sozialen Zukunft. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Die Leipziger Polizei und das Koalitionsrecht der Arbeiter. Zum Ausklang des Berliner Steinkongresses. Zum Maurerstreit in Halle a. S. — Gerichts-Chronik. Der Prozeß gegen den Gelehrtenausschuß der Maurer und Zimmermeister zu Leipzig. — Situationsberichte. — Eingefangen.

## An die Maurer Deutschlands.

Kollegen!

Wie schon auf dem Kongreß in Halle a. S. vorauszusehen war, entwickelt sich die Streikbewegung unter den Maurern in einem bisher noch nicht dagewesenen Maße. Um ein Zurückhalten ist nicht zu denken. Es streiten zur Zeit die Kollegen in Halle a. S., Bielefeld, Hannover, Peine und Ickehoe, und von neun weiteren, und zwar meistens größeren Städten, in denen sich eine große Anzahl Maurer befinden, ist der Ausbruch einer Arbeitszeitinstellung in aller nächster Zeit bereits angemeldet worden. Die vorhandenen, der unterzeichneten Geschäftsleitung zur Disposition stehenden, Mittel zur Unterstützung sind zum größten Theile auf die Unterstützung der bisherigen Arbeitszeitinstellungen verwendet, so daß die Geschäftsleitung weitere Unterstützungen zu leisten nicht im Stande ist, wenn ihr nicht sofort ausreichende Geldsendungen zugehen. Wir erinnern die Delegirten allerorts an die von Ihnen auf dem Kongreß übernommene Pflicht, in ihrer Heimat für Aufbringung von Geldern sowohl zur Streikunterstützung sowie zur Agitation für die große gewerkschaftliche Bewegung der Maurer Deutschlands einzutreten, und geben zu bedenken, daß gerade in der jetzigen Zeit der Streikbewegung zugleich Agitation in verschiedener Hinsicht dringend notwendig ist. Soll die in so hohen Bogen gehende Bewegung nicht im Sande verlaufen, sollen die bisher aufgewendeten Gelder nicht nutzlos ausgegeben sein, dann muß unter allen Umständen für Zusatz neuer Mittel unter Anspannung aller Kräfte gesorgt werden.

Kollegen in Deutschland! Jetzt gilt es zu zeigen, daß Ihr den Werth der allgemeinen Organisation zu schätzen wisst; jetzt gilt es zu zeigen, daß Ihr den so oft geäußerten Wahlspruch: „Einer für Alle und Alle für Einen“ nicht bloß auf den Lippen führt, sondern daß Ihr gesonnen seid, Mann für Mann für Eure Brüder, die sich im Kampfe um Aufrechterhaltung bzw. Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Existenz befinden, einzutreten. Jetzt ist es an der Zeit, dieses Ver sprechen einzulösen. Die unterzeichnete Geschäftsleitung thut nach Kräften ihre Schuldigkeit. Mögen die deutschen Maurer jetzt ebenfalls ihre Schuldigkeit thun!

Ferner werden die Kollegen allerorts hier durch dringend ersucht, der Geschäftsleitung Mittheilung zugehen zu lassen, wo und wie viel arbeitslose Kollegen Beschäftigung finden können. Es ist die Einrichtung dringend notwendig, um die Unterstützungslast möglichst zu erleichtern.

Sämtliche Gelder sind nach wie vor nur an den Kassirer der Geschäftsleitung, Herrn F. Wilbrandt, Hamburg, Kleiner Pulverturm, Mariaterrasse 4, I, einzuzahlen:

Die für die Geschäftsleitung bestimmten Briefe sind an Herrn Stanning, Hamburg, Gr. Theaterstraße 44, I, jedoch getrennt von den Versammlungsberichten, zu adressieren.

Mit kollegialischem Gruß.

Die Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands.

M. Dammann.

Hamburg, den 29. April 1889.

**Ein Bescheid der Reichskommission.**  
(Vergl. die Nummern 1, 3, 4 und 5 unseres Blattes laufenden Jahrgangs.)

I.

Bekanntlich verfügte die hiesige Polizeibehörde unter dem 9. Januar d. J.: daß die Nr. 1 des zweiten Jahrganges unseres Blattes auf Grund des Gesetzes wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie zu verbieten sei. Die dagegen vom Verleger, Herrn Stanning, erhobene Beschwerde hat die Reichskommission in ihrer Sitzung vom 8. April dahin entschieden, daß das Verbot als nicht gerechtfertigt aufgehoben werden müsse.

Die Begründung dieses von Herrn Herrfurth unterzeichneten Bescheides ist für die ganze Arbeiterschaft Deutschlands von hoher prinzipieller und praktischer Bedeutung, und wollen wir dieselbe deshalb hier wiedergeben. Anknüpfend an die Erklärung, daß „das gebotene Verbot aufzuheben“ sei, wird Folgendes ausgeführt:

Dasselbe röhrt sich in erster Linie auf den in der gedachten Nummer enthaltenen Artikel: „Ein Attentat auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter“. Dasselbe röhrt an die behauptete Thatsache an, daß wenige Tage nachdem der Staatssekretär von Boetticher seine Rede über das Alters- und Invalidenamt das Wort des Apostels zitierte: „Habt die Brüder lieb!“ zwei Tage vor dem 2. Februar auf Grund eines unter Ihnen getroffenen Abkommen 20 Maurer und Steinheimer zu Bielefeld 100 Arbeiter, meist Familienältern, die Arbeit aufzufindigt hätten, weil sie Gebräuch machen von ihrem gesetzlichen Koalitionsrecht beim Fachvereine der Maurer und Steinheimer beige treten seien.

Der Artikel verkennt nicht, daß dem behaupteten Abkommen die Bestimmung des § 153 der Reichsgesetze Ordnung nicht entgegensteht und spricht es ausdrücklich aus, daß die Arbeitgeber zu einem solchen Verein kommen *gleichzeitig* befreit seien. Nichtsdestoweniger werden sie sich in starken Ausdrücken, theilsweise in der beständigen Sprache, wie sie in den Reben sozialdemokratischer Agitatoren und den Schriften ihrer Partei hergestellt ist, gegen diese Reinhardierung. Er liegt unter dem Eindruck: „Unsere Freier, die Maurer und Steinheimer Deutschlands, die gesetzliche Arbeiterschaft, und die ehrenhaft denkenden Mitglieder aller anderen Gesellschaften müssen mit uns das Gefühl der Enttäuschung ob solcher Vergrößerung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter durch eine Arbeitersvereinigung in vollstem Maße thun. Vorhang auf ihrer wirtschaftlichen Übermacht wollen jene Bielefelder Meister die Arbeiter durch den Hunger zwingen, mit ihrem geplünderten Rechte der Koalition zum Zweck eines sozialen Vohn- und Arbeitsbedingungen zu begeben; kampf- und widerstandsfähig wollen sie die Arbeiter sich gegenüber sehen, ihnen die Mittel zur freien Verbindung des Arbeitsvertrags nehmen und an die Stelle dieser freien Verbindung ihre, der Arbeitsherren, willkürliche Entscheidung setzen.“

„Sie erklären den Arbeitern: Entweder Ihr lasst ab von der Organisation, oder wir sagen Euch aus Vohn und Brod.“

Die Majestät der Arbeitgeber wird eine „ungeheure, gegen die Würde und das stiftliche und gesetzliche Recht der Arbeiter gerichtete“ genannt; als „unvereinbar mit dem Begriffe des Rechtsstaats“ bezeichnet, welcher, wenn er seinen Bürgern Rechte verleihe, „auch den Gebrauch dieser Rechte nach allen Seiten hin sicherstellen müsse.“ Sie wird als „geradezu gemeingesetzte, eine Quelle der Erbitterung und des Hasses bilden“ dargestellt, gegen welchen sich eine dem Deutschen Untergang eingerichtete Petition, betreffend die gesetzliche Sicherstellung des Koalitionsrechts der Arbeiter“ richtet, als „An Anklage des nachstehenden Unternehmers“ ergänzt, die wirtschaftliche Überlegenheit des Arbeitgebers in's Licht treten zu lassen.“ Der Meister richtet sich zunächst zwar wider die Bielefelder Meister, wird dann aber ausgedehnt zunächst auf die „blümtigen Baugewerksmeister“ überhaupt, welche sich als „Schüler der Ordnung“ in letzter Zeit befinden“ hervergehen, indem sie behaupten: „Die Ordnung sei durch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter gefährdet.“

Nicht für die Ordnung, sondern gegen dieselbe, für die Aufrechterhaltung ihres – egoistischen – Herrschaftsverhältnisses wirken die Arbeiterschaftsvereinigungen, indem sie bestrebt sind, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu unterdrücken.“

Unzweifelhaft ist der Artikel in diesen Ausführungen seiner Tendenz und Fassung nach geeignet, den Hass der Arbeiterschaft gegen die Arbeitgeber zu erregen und zu fördern. Er trägt insofern allerdings eine Erförderung des öffentlichen Friedens in sich. Aber gleichwohl sieht es an einem wesentlichen Erfordernisse des § 11 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878. Auf den Umgang der bestehenden Staats- und Gewerkschaftsordnung gezielte Bestrebungen treten in demselben nicht zu Tage. Er proklamirt den Krieg gegen die sich koalirenden Arbeitgeber, aber nicht dessen Durchführung auf dem Wege des Umzuges. Dies beweisen die Schlüsse.

„Dienem Bestreben“ — der Arbeitgeber — „den entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen, ist eine heilige Pflicht der Arbeiter. Und dieser Pflicht werden auch die Bielefelder Kollegen genügen, davon sind wir überzeugt! Sie dienen dabei der thätigen Unterstützung aller anderen Berufsgenossen, ja, der ganzen deutschen Arbeiterschaft sich versichert halten.“

Die Bielefelder Meistervereinigung hat den Kampf in feindlicher Weise provoziert, — wollen, der Kampf wird aufgenommen, es ist ein Kampf der Arbeiter für Ehre, Recht und Freiheit und gegen brutale Vergewaltigung!“

Die Schwach werden die Maurer- und Steinhauser Deutschlands nicht über sich ergehen lassen, daß es einer Meistervereinigung gelingen sollte, die Arbeiter am Gebrauche ihres geplünderten Koalitionsrechtes zu verhindern und ihre Organisation für die Erlangung günstiger Vohn- und Arbeitsbedingungen unmöglich zu machen! Sie werden die Sache der gemeinsamen Bielefelder Kollegen zu der ihrigen machen und alles, was ihnen gesetzlich gestattet ist, thun, diesen zum Siege über die Meister zu verhelfen. Das Solidaritätsgefühl der Arbeiter muß in diesem Falle eine ganz besondere Kraftige Vergrößerung erfahren, — so träftig, daß Meistervereinigungen ein für allemal die Faust vergeht, in der geschützten Weise zu verfahren.“

Es fordert der Krieger hier nach einer Vergrößerung der Solidarität aller Maurer und Steinhauser Deutschlands in einer Vereinigung derselben zur gemeinsamen Unterstüzung der Bielefelder Kollegen, welche diesen zum Siege über die Meister verhelfen soll. Er sagt nicht nur, daß sie Alles thun sollen, was ihnen gesetzlich gestattet ist, sondern was er von ihnen fordert, eine solche Vereinigung aller Maurer und Steinhauser zu diesem Zwecke ist auch nicht ungeplündert. Die Maurer und Steinhauser, wenn sie sich zu einem solchen Zwecke vereinigen und die Meister dadurch in eine Lage versetzen, daß sie es nicht für ratsam halten, sich in ähnlicher Weise gegen eine Arbeiterorganisation zu vereinigen, befinden sich ebenso in ihrem geplünderten Koalitionsrecht, wie die Bielefelder Meister es bei dem in Rede stehenden Abkommen gewesen sein mögen. Es läßt sich daher auch nicht mit Grund sagen, daß in dem Artikel auf den Umgang der bestehenden Gewerkschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage getreten seien.

Nicht anders verhält es sich mit einem zweiten Artikel der von dem Verbot betroffenen Nummer: „Die Krankheit des Elends.“ Derselbe führt aus, daß die Ungezogenheit zwar ihre Opfer in allen Gesellschaftsschichten habe, daß sie aber vorzugsweise da wirkt, wo ihre hauptsächlichsten Ursachen, Not und Elend, schlechte Lebensbedingung und ausliebende Thätigkeit gegeben seien, in den arbeitenden Klassen, und behauptet, daß man sie dadurch ganz zutreffend die „Proletarier-Krankheit“ nenne. Er beruft sich zum Bezugspunkt auf die bei einem medizinischen Kongreß in Paris in dieser Hinsicht berichteten Thatsachen, wo insbesondere konstatiert wird, daß in 90 Prozent aller Fälle die Gemeinheit zu der Krankheit durch Mangel an Luft, Nahrung und vernünftiger körperlicher Erziehung, kurz, durch das Elend geschaffen werde. Es wird dann weiter erwidert, wie, wenn sich in der Arbeiterschaft vorausweise die Prädiktion für jene Krankheit finde, sie sich dort auch in weitem Umfang reich und tödlich erhalten müsse, weil das Dienstleben des Arbeiters nicht hinreichlich, die einzige richtigen Mittel zu erzeugen, um eine positive Heilung zu erzielen oder wenigstens das Leben zu verlängern, indem der Patient in geunderte und normale Lebensverhältnisse gebracht wird.

Sodann heißt es: „Die gesetzliche Krankenversicherung, zumal in den Zwanzigklassen, erscheint für die Bekämpfung gerade dieser Krankheit des Elends als gänzlich belanglos. Was überhaupt gegen dieselbe geschehen kann, liegt außerhalb der Macht der Medizin; nur die wirtschaftlich-soziale Gesetzgebung vermag durch gründliche wirtschaftlich-soziale Reformen die Mittel zur Bekämpfung und Heilung zu bieten; es müssen Verhältnisse geschaffen werden, welche, wie vor einiger Zeit . . . ausgeführt haben, einer gefundenen Entwicklung des menschlichen Organismus und seines Geistes, von denen Gesundheit und Lebensdauer abhängen, Rechnung tragen. Die Zusammenhänge

zwischen der herrschenden Wirtschaftsordnung und der wirtschaftlich-sozialen Macht der arbeitenden Klassen sowie der sanitären Macht der betriebsleitenden offen zu Tage."

Es ist nicht zu erkennen, daß auch diese Ausführungen in dem Kreis des Volkes aufregend wirken müssen. Aber auch an Ausführungen gegen andere Bevölkerungsklassen fehlt es nicht. So heißt es: "Vorthern die Arbeit die unentbehrlichen Voraussetzungen zu einer besseren, gesunden Lebenshaltung, höheren Wohn und größeren Schonung ihrer Arbeitskraft durch Verkürzung der Arbeitszeit, so steht man in gewissen Kreisen ein Gesetz, als drohe der Weltuntergang. Man nennt die Forderung höherer Lohnes eine „überfürstliche“, und die Forderung der Arbeitszeitverkürzung bezeichnet man als von der „Faust“ dictirt, als eine „Konzeption an die Faust“, wie der Baugewerbetagungs-Redakteur freilich zu sagen pflegt."

Auch die „gewissen Kreise“ werden im Folgenden näher bezeichnet: "Die ärztliche Wissenschaft beweist, daß das Elend beträgt ein Fünftel der Menschheit der Tuberkulose überantwortet — und die „gebildete Welt“ läßt diesen Beweis gelten als eine Errungenschaft der Wissenschaft. Die Arbeiter treten auf und sagen: „Wir wollen mit Hilfe der Gelehrten vom Elend und den Krankheitsursachen befreien!“ — Da steht die „gebildete Welt“, und es finden sich ihr angehörige Männer, die alles Tuntes — (man denkt nur an die Leistungen unserer Künstler auf ihren letzten Tagen) — verschern, die Forderungen der Arbeiter, ihre Vorkämpfe und Streiks seien das Resultat „umstürzlerischer Agitation“, denen Polizei, Justiz und Gesetzgebung entschieden gegenübertreten müssen."

Es ist anzugeben, daß solche Ausführungen Haß der Arbeiterschaft gegen diejenigen Bevölkerungsklassen zu erregen wohl geeignet sind, welche der von der ersten erfolglos erstickten Arbeiter-Schützengegabung entgegengetreten sind.

Aber auch in diesem Artikel wird nirgends auf den Umfang der bestehenden Gesellschaftsordnung hingewiesen, wodurch die Verbesserung der mit so lebhaften Farben geschilderten Zustände herbeigeführt werden müsse. Es heißt vielmehr im Schlusse im Anschluß an die eben mitgeteilten Sätze: "Wüssten nur die verwaltenden und bestimmenden Staatsfaktoren sich durch solche Thoren nicht beeinflussen lassen! Das gemeinsame Wohl verlangt gebieterisch, daß die auf Verbesserung der Lebenshaltung gerichteten Bemühungen der Arbeiter Erfolg haben und daß Gesetzgebung und Verwaltung diese Bestrebungen ernsthaft und entschlossen unterstützen. Vom Erfolg derselben ist die Erhaltung und Fortentwicklung der ganzen Kultur abhängig. Ein jeder im Volk besiegt das Elend, oder das Volk wird vom Elend besiegt!"

So für die Arbeiterschaft aufregend der Artikel auch geschrieben ist, so lange auf die Gesetzgebung und Verwaltung als denjenigen Weg hingewiesen wird, auf welchem die so kraft gebildeten Notstände beseitigt werden sollen und können, läßt sich nicht von Bestrebungen sprechen, welche auf Umfang der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet sind. Auch der zur Bedeutung der Tendenz des Volkes im Verbotsbeschlüsse noch herangezogene Artikel „Zur Reform der Pfefferlehr“ enthält zweifellos nichts, was zur Aufrechterhaltung des Verbots führen könnte.

Hier nach hat das verächtliche Verbot als nicht gerechtfertigt aufgehoben werden müssen."

So die Begründung des Beschlusses der Reichskommission, über die wir uns in nächster Nummer einige kritische Bemerkungen erlauben werden.

### „Ein wunder Punkt unserer sozialen Zustände.“

Unter dieser Überschrift bringt die „Sozial-Correspondenz“ des Dr. Victor Böhmert einen Artikel, in welchememand auf Grund langjähriger Erfahrungen die Thatsache bespricht, daß die arbeitenden Klassen zu gewissen „seinen, höher gebildeten Leuten“ kein Vertrauen haben. Der Verfasser hat dabei speziell Verwaltungsbeamte, Fabrikinspektoren und sonstige „seine, höher gebildete Leute“, die mit den Arbeitern in ähnlicher Eigenschaft in Verbindung kommen, im Auge. „Als“ — so erzählt er u. A. — „von den Kreisbehörden eine von höherer Stelle angeordnete Befragung von Arbeitern stattgefunden und die Leute größtentheils die Haupsache verschwiegen hatten, daß mir mehrere Arbeiter sagten: „einem schlichten Mann, der es gut mit uns meint, dem kann man Alles sagen, aber dem Landrat oder dem Professor wird man doch das nicht erzählen.“ — An anderer Stelle sagt er: „Würden diese Leute (die Arbeiter, nämlich) ähnlich vernommen, fragt der Fabrikinspektor oder der Verwaltungsbeamte, dann werden sie schwerlich zu hören bekommen, was ich und meine Freunde gehört haben.“

Dann meint er:

„Das ist ein wunder Punkt in unseren gesellschaftlichen Zuständen, und so lange dieses Misstrauen der unteren Klassen gegen die feinen, höher gebildeten Leute besteht, können wir von einem gesunden sozialen Leben nicht reden. Die Besserung kann nur von oben kommen. Wir können in Deutschland mit unseren höheren Beamten wohl zufrieden sein, aber viele darunter

müssen doch noch lernen und durch ihre Umgangsformen zeigen, daß sie Diener des Volkes sind, welche aus den Tiefen der unteren Klassen einen wesentlichen Theil ihres Gehaltes beziehen. Viel nöthiger ist diese Lektion aber einer großen Gruppe der Unterbeamten, welche die Männer des Exzessierplazés in die Amtsstuben mitbringen, und die Steuerzahler noch groß anfahren, denen sie ihre Stellung verdanken.“

Ja, ja, das ist in der That ein sehr wunder Punkt unserer sozialen Zustände! Man muß nur, wie wir, beständig im regsten und engsten Verkehr mit dem arbeitenden Volke stehen und sein Vertrauen genießen, um täglich die härtesten Klagen zu hören über hochmuthige, schroffe, prätige, oft geradezu brutale Behandlung, welche Arbeitern von amtlichen Personen zu Theil geworden ist. Die Männer des Exzessierplazés haben sich in so vielen Amtsstuben eingebürgert, daß man ordentlich angenehm überrascht ist, die Männer mal nicht zu finden in einer Amtsstube! Einer wie es scheint ausgeschlucht schroffen Behandlung haben sich hier und da — hauptsächlich im „gemüthlichen“ Sachen — solche Arbeitern zu erfreuen, die mit Polizeibeamten in Vereins- und Versammlungsaal eingeschritten zu thun haben. Da gerieren sich mitunter solche Beamte, als gebe es gar kein gesetzliches Recht für die Arbeiter, als hänge es von der Gnade der Polizei ab, eine Versammlung zu bewilligen. Ist es doch erst vor einiger Zeit in Wiesbaden passirt, daß man einem Arbeiter, der auf der Polizei erscheint, um eine Versammlung anzumelden, sagte: „Wenn Sie noch mal kommen, nehmen wir Sie mal in Strafe.“ Die schlimme Situation, in welcher die Arbeiterbewegung sich seit Jahren befindet, die gegen sie gerichteten Verfolgungen haben es mit sich gebracht, daß man in so mancher Amtsstube glaubt, sich gegen ihre Vertreter die Männer des Exzessierplazés schon erlauben zu dürfen. Nicht selten muß ein solcher Arbeiter zu dem Gefühl, daß ihm in seiner Sache Unrecht geschieht, noch Grobheiten, spitzfindige oder hämische Bemerkungen in den Raum nehmen und setzt sich, wenn er dazu nicht fühlenschweigt, noch gar der Gefahr der „Beamtenbelästigung“ aus. Von ehrenhaften, gebildeten Beamten muß man selbst da — oder richtiger gesagt, ganz besonders da —, wo sie befugt sind, einem Staatsbürger gegenüber nach eigenem Ermessen zu entscheiden, verlangen, daß sie jeder Überhebung, jedes anmaßenden Tonos, geschweige denn grober, spitzfindiger oder hämischer Redensarten sich enthalten. Denn damit beweisen sie immer nur, daß sie Partei in der Sache sind und daß es ihnen schmeckt, ihrer persönlichen Parteistellung auf Grund ihrer amtlichen Befugnis genügen zu können.

Dass die Arbeiter fast durchweg zu den Fabrikinspektoren kein Vertrauen haben, erklärt sich aus der Erfahrungsthatsache, daß diese Herren, mit weniger rühmlichen Ausnahmen, durchaus oder vorwiegend die wirtschaftlichen und sozialen Interessengeschäfte des Unternehmerstheilen. Oft genug auch haben die Arbeiter allen Grund, dem Fabrikinspektor oder dem mit einer Befragung beauftragten Verwaltungsbeamten die volle und ganze Wahrheit über gewisse Missbräuche und Missstände nicht zu sagen; sie fürchten, dieserhalb mit dem Arbeitgeber in Konflikte zu gerathen und ihre Arbeit zu verlieren. Man beträume Arbeiter mit dem Antritt eines Fabrikinspektors — und man wird bessere Resultate erreichen.

Ein Hauptgrund aber, weshalb die Arbeiter ein Misstrauen gegen gewisse „seine, höher gebildete“ Leute haben, besteht darin, daß diese Leute mit ihren Ansichten über wirtschaftlich-soziale Verhältnisse, über Rechte und Pflichten der Arbeiter eben kein Vertrauen zu erwirken vermögen. Nehmen wir ein Beispiel: Herr von Rheyndorff erläutert in seiner Eigenschaft als Reichstagabgeordneter: es sei garnicht zu tadeln, wenn Unternehmer ihre Arbeiter um die Wahlfreiheit bringen. Der Herr ist aber auch Polizeipräsident. Meint man nun etwa, daß die Arbeiter ihm in dieser Stellung zum Dank für jene Neuerung besonderes Vertrauen entgegen bringen?

Ähnliche Beispiele könnten wir noch viele anführen. Dies eine aber wird genügen, zu zeigen, wo das Misstrauen der Arbeiter gegen gewisse „seine, höher gebildete“ Leute eine feines

Hauptquellen hat. Wer des arbeitenden Volkes Vertrauen genießt will, der muß sich dasselbe verdienen durch ein dem Rechtsbewußtsein des Volkes und seinen wirtschaftlich-sozialen Anschauungen entsprechendes Handeln.

### Wirtschaftlich-soziale Kundschau.

Ortsblätter Tagelohn in Hamburg. Der Senat macht bekannt, daß nach Vorrichtung § 8 des Gesetzes, betreffend die Rentenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883 (Reichsgesetzblatt Seite 73), der ortsblätter Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter für die Stadt Hamburg, die Vorstadt St. Pauli, die Vororte und diejenigen nicht zu den Vororten gehörigen Gebietsteile der Hansestadt der Marschlande, in welchen die Landgemeinde Ordnung keine Geltung hat, unter Abänderung der in der Bekanntmachung vom 25. April 1884 festgesetzten Höhe vom 1. Oktober 1889 ab bis auf Weiteres andrerweit festgesetzt ist, und zwar für erwachsene männliche Arbeiter auf Mt. 3, für erwachsene weibliche Arbeiter auf Mt. 2, für jugendliche männliche Arbeiter und für Schläger auf Mt. 1, für jugendliche weibliche Arbeiter auf Mt. 1. Unter jugendlichen Arbeitern soll solche im Alter unter 16 Jahren zu verstehen. Gegenüber dieser Feststellung des ortsblätter Tagelohnes nimmt es sich sonderbar aus, daß man seit einiger Zeit bemüht ist, die Höhe der Arbeiter in den hiesigen Staatsbetrieben zu reduzieren.

### Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

\* Aus Leipzig wird der „Baugewerbetätig.“ berichtet, daß die Innung geprüfter Maurer und Zimmermeister zu Leipzig und Umgegend beschlossen hat, sowohl den Maurer- wie den Zimmergesellen für dieses Jahr eine Zulage zu gewähren, hoffend, dadurch einem Streit vorzubeugen.

\* Aus Halle a. S. kommt die Nachricht, daß infolge des Maurerstreits ja 300 ihrer Militärschüler gentigende Maurer von auswärtigen Garnisonen zur Ausführung des Bahnhofsbauwerks dorthin beordert worden sind. Diese Nachricht entstammt der Reporterphantasie eines Halle'schen Kartellblattes.

\* Die Lohnbewegung der hiesigen und Altonaer Bildhauer, welche einen Minimallohn von 45,- bei neu stündiger Arbeit und 25 Prozent Aufschlag für jede Nacharbeit verlangen, ist bis jetzt recht dünnig verlaufen. Nach einem Bericht der Lohnkommission hat nur ein einziger Gehilfe seine Arbeit verlassen, weil der Arbeitgeber nicht bewilligen wollte. Der Gehilfe trat aber sofort auf einer anderen Stelle in Beschäftigung.

### Die Leipziger Polizei und das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Zu Beginn dieses Jahres forderte der Maurergeselle Herr August Seidel zu Leipzig in diesem Blatte die dortigen Kollegen auf, sich an der Gründung einer neuen gewerkschaftlichen Vereinigung der Maurer Leipzigs und der Umgegend zu beteiligen und zu diesem Zwecke an einer näher bezeichneten Stelle ihre Adressen niederzu legen. Die Aufrufserklärung hatte den gewünschten Erfolg, und reichte Herr Seidel alsdoch an das Polizeiamt der Stadt Leipzig den Entwurf der Statuten für die neue Vereinigung ein.

Dieser Entwurf bestimmt in seinem § 1 Folgendes: „Die gewerkschaftliche Vereinigung der Maurer von Leipzig und Umgegend hat den Zweck, auf geschicktem Wege nach Aussgabe des § 152 der Reichsgewerbeordnung für die Berufsgehilfen möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen.“

Die Vereinigung wird sich hierbei in den Grenzen halten, welche das Reichsgericht in seinem die Auslegung des § 152 der Reichsgewerbeordnung betreffenden Urteil vom 22. November 1887 für die gewerkschaftliche, den Beträchtungen des Vereins- und Veranlassungsrechts nicht unterwohlne Arbeiterkoalition angenommen hat. Danach steht es der Vereinigung vollkommen frei, selbstständig durch Arbeitsvereinigungen und sonstige erlaubte Befreiungsmittel unmittelbar auf Erhaltung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit im Gewerbe, überhaupt auf eine den Arbeitern möglichst günstige Vergesetzung des konkreten Arbeitsvertrages hinzuwirken, also auch zu gleichen wirtschaftlichen Zwecken sich mit anderen Vereinigungen derselben Art zu koaliren.

Die gewerkschaftliche Vereinigung der Maurer von Leipzig und Umgegend wird von dieser geistig gewaltigen und vom Reichsgericht ausdrücklich als zu Recht bestehend erklärten Freiheit nach Bedürfnis Gebrauch machen und sich lediglich als gewerkschaftliche Koalition in den bezeichneten Richtung auf dem Gebiete des gewerblichen Lebens mit seinen konkreten Interessen beschäftigen. Eine Betätigungen der Vereinigung für gegenständige allgemeiner politischer Natur, bzw. für öffentliche Angelegenheiten im Sinne des sozialen Gesetzes vom 22. November 1850 ist ganzlich ausgeschlossen, so auf sie die Bestimmungen dieses Gesetzes keinen Anwendung finden.

Die Vereinigung nimmt für die Freiheit ihres Zwecks hauptsächlich in Betracht:

1. Die Festsetzung einer entsprechenden täglichen Arbeitszeit.

2. Die Abschaffung der Alford-, sowie der Sonn- und Feiertags- und Nacharbeitsarbeit.

3. Die Festsetzung entsprechender Bettarbeitslöhne.

4. Die Unterhaltung der Mitglieder und Gewerkschaften, sowie auch der Arbeiter anderer Branchen der Arbeitsstättungen und -vermögen, insbesondere auch die Unterstützung solcher Mitglieder, welche wegen



in eindringlichster und entschleiferter Weise zu bekämpfen. Dieser Pflicht zu genügen, fordern wir hiermit die Kollegen in Halle a. S. ausdrücklich auf. Keiner von ihnen darf die famosen Arbeitsbedingungen des Unternehmers, durch welche sich dieselben die ungerechte Maßregel der Verursachung abscheren wollen, unterschreiben. Dieser Unfug muss bekämpft werden, bis er fällt. Sollte ein Geiste die Folgen der betr. Maßregel an sich erleben, so hat er unverzüglich Entschädigungsfrage gegen den betr. Meister anzustellen; wir werden jedem dazu mit Rat und Tat zur Seite stehen. —

Was die Herbeiführung „feindlicher Gesellen“ in Halle anbetrifft, so erwarten wir von den Kollegen in ganz Deutschland, dass sie diesem Beginnen kräftig entgegen wirken. Das Brächen der „Baugen.-Btg.“ mit dieser Maßregel erschlägt übrigens eine recht eigenhümliche Illustration durch die Thatsache, dass Unternehmer in anderen Städten sich bemühen, durch Agenten Gesellen aus Halle a. S. zu bekommen. So liegt vor uns folgendes vom 12. April 1889 datirte Mittelung eines Herrn Ernst Pehholz zu Potsdam an den Kollegen Fr. Emmer zu Halle a. S.:

„Antwortlicher Brief, Aufschrift von gestern bin ich bereit, für jeden Maurergesellen, welchen Sie innerhalb der nächsten acht Tage senden, welcher hier bei mir mindestens 14 Tage arbeitet, eine Vermittlungsgesellschaft von M. 1.50 zu zahlen.“

Der Lohn beträgt für die Gesellen je nach Leistung 40 bis 45 Pf. pro Stunde. Hochachtungsvoll E. Pehholz.“

Allso, während die Halle'schen Unternehmer reißen, um „Mossen fremder Gesellen“ zu gewinnen, hemmeln a. s. w. -tige Unternehmer sich, die tüchtigen freien Gesellen von dort an sich zu ziehen. Gewiss sehr bezeichnend!

Wir wünschen, es möge der Halle'schen Innung gelingen, den „Arbeitsgeberbund“ über die ganze Provinz Sachsen, „womöglich noch weiter“ auszudehnen. Die Erhaltung und Verallgemeinerung der Arbeitervereinigung wird diese Ausdehnung auf dem Fuße folgen und der „Arbeitsgeberbund“ wird bald einem Arbeiterbund sich gegenüber sehen, der fähig ist, eine gerechte Sache siegreich zu verfechten.

Im Anschluss an diese Aussführungen können wir es uns nicht versagen, noch einen Bericht des „Staats-Btg.“ mitzuteilen, dass auch der Gewerbeverein zu Halle a. S. sich mit der von der dortigen Innung „Baugewerkerverein“ eingeführten Arbeitskarte beschäftigt hat. Die darin vorgesehene Maßregel der Ausbeutung wurde als eine unerhörte bezeichnet und dabei bemerkt: jeder Strafstricker werde bei Aburteilung von durch Worte oder Thaten begangenen Vergehen die Strafe so zu bemessen suchen, dass nicht die Kunst des Beurtheilten völlig vernichtet wird. Ein Jahr Gefängnis sei ein bedeutendes Vergehen voraus. Der damit Befürchtete werde aber kaum derartig schwer betroffen, wie Leute, die ohne Gericht ein Jahr aus der Arbeit gerissen würden.

In derselben Sitzung des Gewerbevereins wurde über den „Arbeitsverbund“ dahin geurteilt, dass dieses „eigenhümliche Gebäude“ wohl schwerlich lange Bestand haben werde. Weiter wurde besont: recht eindrücklich kommt in der Streitfahrt der Nutzen der Schriftgewerkschaft zum Bewusstsein. Innungsmitschriften (die namentlich bezeichnet wurden) führten mit einigen Pariseren und 48 bzw. 38 Lehrlingen Bauten aus.

Es geht doch nichts über solch eine „ehrsame“ Innung zur „Hebung des Handwerks“!

### Gerichts-Chronik.

In der bekannten „Vetellische“ gegen die Streitkommission der Maurer in Gera hat das Oberlandesgericht Jena am 11. April ein freisprechendes Urtheil gefällt unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse. Nun werden doch wohl endlich, nachdem die letzte Instanz gepochten, keinerlei Hindernisse der Auszahlung der befohlagnahmten Maurerstreit-Gelder mehr im Wege stehen.

### Der Prozess gegen den Gesellenausschuss der Männer und Zimmerer zu Leipzig.

II.

Die Revisionschrift führt weiter aus, es sei ein unbeschreierter Rechtsgrund, dass da sowohl der Gesellenausschuss als auch die Agitations-Kommission aus ganz gewissen der Zahl und den Individuen nach im Vorans bestimmten Personen gebildet wurde, beide Vereinigungen das Vertrauen haben, welches ihnen den Charakter eines „Gemeins“ im Sinne des Vereinsgesetze entzieht. Die dogmengelend gemachten Gründe des angefochtenen Urtheils sind nur Gründe der Opportunität (d. h. Gründe, welche mit der sich darbietenden Gelegenheit rechnen) und einer aus dem allgemeinen Staatszweck hergeleiteten Interpretation, welche deshalb so bedenklich ist, weil der mit dem Vereinigten verfolgte Staatszweck offenbar nicht bloss, wie der Berufungsrichter anzunehmen scheint, politischer Natur ist, sondern darauf ausgeht, das staatsbürglerliche Grundrecht der Versammlung und Vereinsfreiheit einem jeden Staatsbürger zu garantiren und gegen polizeiliche Übergriffe zu schützen, — ein Staatszweck, welchen der Berufungsrichter gänzlich augen Acht lässt, welcher aber im gegenwärtigen Fall um so schärfer in's Auge zu fassen ist, als die Angeklagten zu ihrer Vertheidigung behaupten, dass sie nicht nur die ihnen nach dem ländlichen Vereinsgesetz aufstehende Vereinsfreiheit gebraucht, sondern auch das im § 152 der Gewerbeordnung versteckte Koalitionsrecht beabs. Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen ausübt hätten.

Dies steht aber zu dem, was den Angeklagten und ihrem Vertheidiger mit aller Energie gelöst gemacht Grund zur Freisprechung, dass die Thätigkeit des

Gesellenausschusses der Maurer und Zimmerer von Leipzig und Umgegend nur die rein wirtschaftlichen und gewerblichen Interessen und Angelegenheiten dieser Gewerbeordnung umfasst hatte und öffentliche Angelegenheiten im Sinne des Vereinsgesetzes von diesem Ausschuss niemals behandelt worden waren.

Der Vertheidiger der Angeklagten fand sich mit dieser Behauptung in voller Übereinstimmung mit dem ersten

den Gesellen eingeräumten Rechte auszuüben. Dazu waren die Gesellen zwielos berechtigt und kann aus den von Ihnen vollzogenen freien Wahl nicht gefolgt werden, dass der ausgelöste Gesellenausschuss vornehmlich und später „ungelegisch“, nach § 152 der Gewerbeordnung nicht erlaubte Zwecke verfolgt habe. Die entgegengesetzte Ansicht des Berufungsrichters beruht auf einer „rechtsirrtümlichen Verfehlung“ des Täters (Fortsetzung folgt.)

### Situationsberichte.

#### Maurer.

Krefeld. „Zum Berufe der arbeitenden Klassen“, so heißt es in Krefeld bei allen Parteien, wenn zum Reichstag oder zum Landtage gewählt werden soll, und hauptsächlich beim Brotmutter; sie thun's wahrend dieser Zeit „für den armen Mann“. Wenn aber die Wahl vorüber ist, dann haben sie gesetzt, und die Dummen werden ausgelöscht. Das Hauptgeschäft hier am Orte besteht hauptsächlich in Schilder- und Sammelindustrie. Die Geschäfte in jeder Branche gehen gut; Arbeit ist genug vorhanden, trocken ist der Verdienst, verhältnismäßig sehr schlecht, d. h. fast den Handwerker und Arbeiter. Am schlechtesten aber stehen sich hier die Bauhandwerker. Bei der jetzigen Jahreszeit werden hier immer nur „südlische“ und „gute“ Maurer gewählt. Unter Letzteren werden solche verbannt, die recht, recht viel leisten müssen, unter den Letzteren solche, die mit wenig Lohn zufrieden sind, aber möglichst viel arbeiten. Spricht ein 50 Jahre alter Kollege um Arbeit zu, der bekommt keine; ob er das Nachfragende nahe an den Vater Jahren, so heißt es: „Na, seien Sie nur zu; wenn Sie nirgends ankommen können, dann kommen Sie nur wieder.“ Kommt aber einer so im Alter von 20—25 Jahren — ja, der ist gut; ob er was versteckt, ob er vorher Sommer gehandelt hat, ist einerlei, der ist noch nicht ausgesogen, der kann immer drifft, einerlei viel. Geäuert wird hier nicht, behohne, der Mörtel wird auf eine Länge von 2 m. mit der Schippe auf die Mauer geworfen und dann die Steine mit beiden Händen darauf gepackt; auf Verbund kommt es nicht an — nur immer hoch! So wird darauf los gearbeitet, wenn es gut geht, bis unter das Dach, dann aber — humms, da liegt die „Kunstarbeit“. Solch ein „tägliches“ Stückchen Maurerarbeitszeit liegt seit dem halben Winter in der Auguststraße, jetzt will Niemand etwas daran verabschiedet haben. Und bei all dieser Schinderei verdienen die Maurer bei 12stündiger Arbeitszeit nur M. 3.40 bis 3.60, leichter Lohn bekommen freilich nicht viele. Dann wird bis 8 und 9 Uhr Abends gearbeitet. Das sind Überstunden, wofür 30 Pf. gezahlt werden. Wenn aber die Tage kürzer werden, dann wird für jede Stunde der Lohn um 45 bis 50 Pf. reduziert und die ausfallenden Pausen werden ebenfalls nicht gerechnet. Wer nicht will, kann gehen. Der Lohn wird jedem eingehen in die Hand gebracht, so dass ein Fremder nicht einmal zu erfahren bekommt, wie hoch der Lohn eigentlich steht. Der Partei kommt die (man sollte es kaum glauben!) Extrazulage von 10 Pf. pro Tag, dafür muss er aber täglich die ganze Mannschaft treiben und genau die Minuten zählen, um welche einer oder der Andere zu spät kommt usw. Dadurch kommt er zu der Ehre, dass der Unternehmer sich herauslässt, mit ihm einige Worte zu sprechen. — Die Maurer wohnen meist in der Umgegend, 2 bis 3 Stunden weit entfernt und müssen diesen Weg des Morgens und Abends ununterbrochen machen; wer um einige Minuten zu spät kommt, verliert den Lohn für eine Stunde. Schreiber dieses wurde durch besondere Umstände veranlasst, an einem Tage eine Stunde nach Beginn der Arbeitszeit auf dem Bau zu erscheinen; ihm wurde vom Maurermeister höflich der Lohn für 1 Tag abgezogen mit der Begründung, die Handlanger hätten während dieser Zeit weniger zu thun, er erledigte daher Schaden und den müsse ich erlösen. Unverantwortbar kann solches Thun wohl nicht begründet werden. Bei einem anderen Architekten findet (wie auch überall), keine Rührung statt; der Wochenlohn wird aber am Mittwoch, und zwar so ausgeschüttet, dass ein Tag immer zurück bleibt; somit ist der Arbeiter gebunden. Einem Kollegen wurde bei der Bemerkung: „Ehes, was er an Überstunden arbeite, läme ihm ja zu Gute“ zu gleicher Zeit erklärte der Herr Architekt dem Herrn Bauführer, der die Arbeitstage aufnimmt und die Löhne aufzählt, er solle sich daran nicht stören, der Betreffende befäme nur Dogelohn; ein anderer Maurer sollte einen Kür in Akkord mit Blättern belegen, wobei ihm der Handlanger freigesetzt werden sollte, — als er aber fertig war, wurde ihm der Handlanger mit eingeschoben, so dass der Bauherr aber wurde derselbe Handlanger auch noch in Dogelohn angerechnet. Der Maurer fragte, aber nutzlos, er musste noch die Kosten bezahlen. Das ist die Fürsorge für den „armen Mann“, der ehrenwerthe Architekt ist nämlich thätiger Agitator der Ultramontane. — Die Stoffateure arbeiten bis 8, ja bis 9 Uhr Abends und verdienen auch nicht mehr, als die Maurer. Ein Schreiner musste eine Thür in Alford anfertigen; trotz der größten Mühe konnte derselbe nicht mehr als M. 1.50 pro Tag herausschlagen, es wurde ihm auch kein Penny mehr ausbezahlt. Das ist der Segen der Alfordarbeit! Häufig haben hier 2000 Bürgerschüler die Arbeit niedergelegt, befreit von Erlangung besseren Lohnes. Kurz darauf wurde den Arbeitern durch unerträgliche Plakate und Inseritionen in sämmtlichen Blättern der § 152 der Gewerbeordnung mit der Warnung vor Überretzung desselben bekannt gemacht; davon, dass die Arbeitgeber vor Überretzung der Gesetze gewarnt wurden, haben wir nichts gehört. Die Färbereibefrei haben ihre Versammlungen sogar auf dem Rathaus abgehalten; die wollten Anfangs den Unterwerkeren bei gleicher Leistung überhaupt weniger Lohn zahlen. Jetzt ist der Streit ohne Erfolg längst beendet und noch viele laufen infolge desselben arbeitslos umher. Sehr anerkennenswert haben sich die bissigen Bürger während des Streits und auch bis jetzt noch benommen. Sofort wurde ein Bürgerkomitee ge-

bilbet, welches Gelder und Lebensmittel sammelte, um die Streikenden zu unterstützen. Solches Vorgehen verdient öffentliche Anerkennung und Nachahmung.

Hannover. Am 16. April fand eine öffentliche Mauererversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vorberücksiffe. 2. Der Werth des Menschen. In's Bureau wurden gewählt die Herren Grote, als erster, Bärnstorff, als zweiter Vorsteher, und Humpert, als Schriftführer. Freund Grote erläuterte, wie notwendig es sei, der Verhinderung aller Beobachtungen halber unsere Bohnforderungen überall geltend zu machen. Nach eingehender Diskussion wurde folgende vom Vorsiedner eingebrachte Resolution angenommen: „Die heute im „Ballhof“ tagende öffentliche Mauererversammlung befürschtet in Abetracht der sich fortwährend festgenden Verhinderung sämmtlicher Verdienstnisse halber, an der Bohnforderung von Mr. 4.50 festzuhalten, und verpflichten sich alle in Hannover und Binden arbeitenden Maurer, im Laufe dieser Woche, spätestens bis Sonnabend den 20. April, das für einzutreten. Zur Erlangung dieser Bohnforderung fühlen sich alle untertheilten, sowohl die die nicht durch die Familie an Hannover und Binden gebundenen Kollegen verpflichtet, so lange Hannover und Binden zu verlassen, bis die gestellte Forderung von den Meistern bewilligt ist.“ Zum zweiten Punkte erläuterte Herr Grote, wie von der Geburt an der Mensch im Werthe steigt, und förderte die Erziehung der Arbeiterkinder im Gegenseite zu den Kindern der beständigen Klopfen; letztere hätten bessere Erziehung sowohl in sanitären, wie auch in geistlichen Verhältnissen. — Am 17. April stellten sämmtliche 35 Maurer und 33 Arbeiter, die an dem Bau des Wellini-Theater beschäftigt sind, die Arbeit ein. Der betreffende Meister, Herren, ist Mitglied der Innung.

Münster. Am 14. d. M. tagte hier im Lokale des

Herr Eichel unter dem Vorsitze des Kollegen H a s eine öffentliche Mauerzversammlung mit der Tagordnung:  
1. Gewerkschaftliche Organisation. 2. Die Bauverhältnisse am Orte. Herr G e x b e r referierte unter allgemeiner Zustimmung über den Stand und Nutzen der Fachvereine und die feindselige Stellung der Meister gegen dieselben. Am Schluß des Referates ermahnte Redner die Anwesenden zum Beitreitt zum Fachverein, so wie zum Bejen der Fachzeitschriften. In gleichem Sinne sprach den Vorsitzenden, wobei er sein Bedauern darüber ausdrückte, daß bisher von den zirka 500 Mann zahlenden Maurern in Würzburg noch so gar wenig für die Organisation geschehen sei, so daß nicht einmal der diesjährige Kongreß durch einen in Würzburg wohnhaften Kollegen besichtigt werden können. Kollege B e r

... sprach über das Submissionswesen und führte als bewerbenwerth an, daß die Arbeitgeber sich hierin so wenig sind, während sie da gegen in Betrieb der Bohnsdörfer und Maßregelung um so einiger zusammenstehen, indem sie u. A. die freitenden Maurer von Bremerhaven hier nicht beschäftigen wollen, begin mit Art. 3 absehn, indem sie eine Aufstellung der hiesigen Maurer durch die Streitenden befrüchten. In gleichem Sinne sprachen die Kollegen Kleinert und Stahnhaft und forderten unter Zustimmung seitens der Versammlung zur Organisation auf, worauf die Wahl einer aus 7 Mann besehenden Bohnskommission vorgenommen wurde. Zum Schluß wurde folgende Resolution gefasst: „Die heute hier tagende öffentliche Maurerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und erklärt, dem hiesigen Fachverein beitreten zu wollen.“ Mit einem dreifachen Hoch auf die freie Vereinigung der deutschen Maurer schloß der Vorsteigende die Versammlung.

Nelzen. Unsere am 23. d. M. abgehaltene öffentliche Maurerveranstaltung war sehr stark besucht und alle Anwesenden waren gespannt auf die Dinge, die da kommen sollten, denn die Meister hatten unter Schreiber nicht beantwortet. Nachdem der Einberufer das Bureau hatte wählbar lassen, begann die Verhandlung um 9 Uhr Morgens; der Vorsitzende, Herr Cordes, leitete die oft sehr hitzige Debatte mit großer Umfass. Es handelte sich ganz besonders um einige Junggesellen, denen die Meister nicht den Lohn von 30 Pf. pro Stunde bezahlen wollten; sie haben sich dahin erklärt, daß sie allen anderen Gesellen, mit Ausnahme der Junggesellen, welche noch nicht ein volles Jahr seit vollendeter Lehrzeit zurückgelegt haben, den Lohn bewilligen. Über diesen Punkt wurde drei Stunden verhandelt. Viele Kollegen waren der Ansicht, um eine Sperrre zu umgehen, von diesem Punkte etwas abzuweichen; es wurde beschlossen, daß die Meister den Junggesellen das erste Jahr nach ihrem Erreichen Lohn zahlen sollen. Somit wären dann unsere Differenzen mit den Meistern einzuweilen ausgeglöscht. Ferner können wir mittheilen, daß unsere Innung der Kommission die Erklärung gab, auf keinen Fall unsere Forderung zu bewilligen; einen einheitlichen Lohn von 30 Pf. wollten sie zahlen, aber keinen Minimallohn von 30 Pf., denn das sei ein sozialistischer Ausdruck, und wir möchten uns in Zukunft hüten vor solchen Ausdrücken, sonst könnten viele von uns bald hinter Schloss und Riegel kommen. Nachdem nur noch das Verhalten einiger Kollegen unserer Sache gegenüber sozial kritisiert, stellte der Vorsitzende einen Antrag zur Unterstellung der freiregenden Kollegen in Deutschland und wurden aus dem Generalsfonds zu diesem Zweck 500 bewilligt. Hierauf wurde die Versammlung, welche sieben Stunden gedauert, mit einem Hoch auf die Organisation der Maurer Uelzen und Neuwied am 4. Uhr Nachmittags geschlossen.

und Umgegend um 4 Uhr Nachmittags geschlossen.  
Leipzig. Da schon am 18. April eine Versammlung der Maurer im Saale "Bellevue" zu Leipzig stattfand, die Räumlichkeiten des Saales aber nicht genügten, die Mässen, welche an diesem Abend herbeigeföhrt waren, zu fassen, sich der Vertrauensmann, um allen Maurern Beichtung zu tragen, veranlaßt, weitere Versammlungen in den Ortschaften Lindenau, Görlitz, Connewitz und Vollmarstorf stattfinden zu lassen. Die Tagessordnung war in allen Versammlungen die bereits in "Bellevue" behandelte. 1. Bericht vom letzten deutschen Baukongressen. 2. Abrednung vom Unter-

llungsfonds. 3. Bericht des Vertrauensmannes. Die Versammlungen waren sehr gut besucht und vom befreit-  
Selt befiekt, und fanden sämmtliche Beschlüsse, welche  
in "Bellevue" zu Leipzig in der oben erwähnten Ver-  
anstaltung gefaßt wurden, ihre vollständige Anerkennung.  
Barthim. (Bejdokte). Am 20. März wurde

Arbeit niedergelegt, weil die Meister unter Forderung, 30 & bei eifrigster Arbeitseifer, nicht bewilligen wollen und sich auch nicht entschließen, mit der Lohnkommission zu verhandeln. Sie verlügen, mit den einheimischen Gelehrten zu verhandeln und suchen sich immer die Kollegen heraus, bei denen sie sich Erosol versprechen. Am Dienstag früh 6 Uhr waren beim Neubau des Gymnasiums, an welchem die meisten Kollegen gearbeitet haben, mehrere Polizeiposten aufgestellt, um die etwa zehn streitenden Kollegen zu holen. Der alte Maile war aber vergebens, denn es kamen nur die Lehrlinge. Die Polizei hat nirgends zum Einfreien Anlaß gefunden und geht alles in größter Stunde und Dringlichkeit zu. Wir halten fest zusammen und sind entschlossen, unsere gerechte Sache durchzuführen. Selbst die hier in Parchim anscheinende „Norddeutsche Post“ schreibt wörtlich: „Die Organisation der Ausländischen ist eine so seltne, daß sie ohne Mauer umfass, selbst Diktatoren, welche bisher mehr Jahre erhalten haben, als jetzt im Allgemeinen gefordert wird.“ Zugunsten haben wir bis jetzt noch nicht gehabt und müssen auch, daß wir ferner damit verföhnt bleiben. Einige Kollegen sind schon abgereist und die nächsten Tage wird wieder ein ganzer Trupp abreisen. Noch muß ich bemerken, daß uns zwei Kollegen abfällig geworben sind und die Arbeit wieder aufgenommen haben; nicht die Notk, sondern eine innere Gewalt, die hier nicht mit dem richtigen Namen benannten

wollen, trieb sie aus dem Hause. Wir bitten die Kollegen allerorts, den Zugang nach hier strengstens fern zu halten, bis wir Besseres berichten können.

Parchim. Der Streit der hiesigen Maurergesellen ist beendet, wie erhalten per Stunde 29 Pf.; gefordert wurden 30 Pf. bei eßsfähiger Arbeitszeit. Am Donnerstag Vormittag hatte die Abnahmekommission mit den Meistern eine Versammlung, in welcher die Meisterklärten, 28 Pf. zu bewilligen. Hierauf aber ging die Abnahmekommission nicht ein, indem wir in einer an demselben Morgen stattgehabten Versammlung beschlossen waren, einer Forderung per Stunde von unserer Forderung abzusagen, um den Meistern auch in etwas entgegen zu kommen. Die Meister wurden sich denn auch gleichnacher einig und beschlossen, die 29 Pf. zu bewilligen. Wenn wir nur unsere Forderung auch nicht voll und ganz erhalten haben, so ist es doch immerhin ein ganzer Schritt weiter.

Merseburg. Ich will Einiges darüber berichten, wie zwei Halle'sche Bauunternehmer Merseburger Maurer nach Halle zu lokten versuchten. In der Woche vom 15. bis 21. April wurde im "Merseburger Correspondent" bekannt gemacht: "20 bis 25 Maurer, in Mauern und Putzen eingeweiht, werden gefunden. Schmidt, Biegelsteinbauer." Auf die Frage, was Schmidt wohl mit den 20 bis 25 Maurern machen wollte, sagte er sich Eder, der will wahrscheinlich eine Dampfsiegelei bauen. Über in Puhm eingeweiht? Wozu? Ich war neugierig geworden, ging am 26. April, Vormittags, zu Herrn Schmidt und sprach um Arbeit an. "Bitte, bitte, kommen Sie herein. Sehen Sie sich" war die Antwort, "ich brauche Maurer nach Halle für die zwei Unternehmer Freudenthal, dort liefern ich Steine. Sind Sie von hier? Sie sind schon meine bisherigen Maurer bei mir gewesen, aber keiner hat Lust, nach Halle zu machen." Ich fragte nun Herrn Schmidt: "Was für einen Lohn wollen die Herren denn zahlen?" "36 Pf. Sie haben schon

40 geahlt, jetzt können Sie es aber nicht, weil sich die Gejagten dort im Streit befinden.“ Ich antwortete, daß man damit nicht auskommen könne. „Das tut nichts, Sie können auch 40 bis 45 Pf. verdienen, wenn Sie nur sehr leisten. Die Herren Meister wollen den geforderten Sohn gern zahlen, aber nur Denen, die ihn verdienen. Die Meister verdienen ihn nicht, sie sind Schnaps- und Bierkinder. Kommen Sie nur den ersten Feiertag, 8 Uhr, hinaus nach dem „Hospitalgarten“, da kommen die Herren von Halle und wird Alles festgemacht, daß sie hier über aus und die Herren auch!“ Ich beschäftigte nun sofort die Halle'schen Kollegen, wovon endlich einer derselben zu rechter Zeit erschien. Am ersten Feiertag waren wir Wiesbürger Mauer im „Hospitalgarten“ versammelt, die Meister waren schon eine Stunde früher dagewesen, wie sie mit einem Maurer, einem Moßlädfächer und einem Werbedehnleiter unterhandelt hatten, um alle drei als „lückige“ Maurer in Halle aufmarschieren zu lassen. Um 3 Uhr kamen erfahrene noch einmal und unterhandelten mit mehreren der Unseren. Wir kamen vom Stundenthalo an Alford und wieder zurück. Hätten die Meister es verlangt, wie hätten ein Haus in einem Tage fertig zu liefern verbrochen. Wir waren sehr gutwillig und verstanden, bis zum dritten Feiertag mit 150 Mann in Halle einzutreffen. Auf die Erwideration, daß es bis zum vierten Feiertag Zeit hätte, versprachen wir, mit 350 Mann zu kommen. Nachdem nun Alles in Ordnung war und die Meister Wkt. 2. geladen hatten, wahrscheinlich zur Unterstiftung für die Streitenden, erhielt sich der Halle'sche Kollege aus unserer Mitte und forderte unter stürmischen Beifall die anwesenden Kollegen auf, in Wiesburg zu bleiben und nicht nach Halle zu machen; wenn dort die Meister den Sohn zahlen wollten, welcher durch die Meister und Meisterverhältnisse entricht, dann würden sie auch dort Mauer bekommen so viel sie nur brauchten.

dort Maurer bekommen, so viel sie nur brauchten.  
Sie erhoben sich die Meister vom Sitz und eilten  
nach der Bahn, wo wir ihnen noch ein kräftiges Lebe-  
wohl zuließen, so daß es ihnen wohl nicht wieder ein-  
gefunden wird, nach Werseburg zu kommen, um Maurer  
zu bilden.

Herr Burghardt das Schreiben eines Meisters, in welchem berührt erfuhr, daß vier bis fünf Kollegen am ersten Osterluge zur mündlichen Beranklung zu kommen mögten, unterenfalls er sich von Neubaus und Götzen Mauern holen würde. Dieses Verlangen wurde aber von der Beranklung abgelehnt, weil der Betreuer sich siebenmal von dem Betreffenden mit den Worten „Ich kann's und darf's und will's nicht“, vergeblichstgefunden hat. Es wurde beschlossen, den Herrn schriftlich davon zu benachrichtigen, daß die Arbeit nächsther aufgenommen wird, als daß er unsere Forderungen sämmtlich habe. Ferner wurde beschlossen, daß sämmtliche Kollegen absessen sollen, mit Ausnahme von sieben älteren Kollegen, die Verhältnisse halber des Dr. nicht verlassen können. Die Mittel, welche die „humanen“ Meister zur Bekämpfung der biesigen Stellenorganisation anwenden, werden durch folgende Thatsache bestätigt: Alle Mitglieder der Organisation, die vor circa zehn bis zwölf Jahren ein kleines Grundstück zum Bebauen käuflich erworben und, da sie nicht im Besitz der vollen Kansumme waren, von dem reichen Zimmermeister Klinke ein Darlehen auf Hypothek entnahmen, wurde dieses Darlehen infolge des Eintretens für die Organisation zum 1. Oktober gefordert. Söldlicherweise ist es ihnen gelungen, das Geld von anderer Stelle zu erhalten, sonst hätten sie ihr so sauer erworbenes Eigentum im Sichte lassen und womöglich zum Wanderschaftsgreifen missen. — Wöde es nun kommen, wie es wollen wir beharren auf unseren Forderungen und erzählen die Kollegen altertum, sowohl den Zugang von hier fern zu halten, als auch die Hülllosen mit Geldmitteln zu unterstützen. Alle arbeiterfreudlichen Blätter werden uns Abdruck geben.

Duisburg. In der heutigen im Vereinslokal tagen-  
den öffentlichen Maurervereinigung referierte Herr  
Dr. Kahl über den Verlauf des Kongresses eingehend,  
vor selber nicht vielen aber desto ausmerksamen Kollegen.  
Namentlich erregte die Nachricht über die Eingliederung  
der Mauer Deutschlands lebhaftesten Beifall. Dass die  
hieran folgende Aufforderung des Redners sowohl, wie  
die anderer Kollegen zum weiteren Anhören an die  
Organisation Sammeln zum Streitfonds und fleißigerem  
Lesen des "Grundstein" sowie unserer für den kleinen  
Verein genügenden Bibliothek meist laute Ehren tragen  
liegt an den hiesigen Verhältnissen. Offensichtlich  
oder Faßvereinsversammlungen zeigen stets dasselbe  
Bild, mit der einzigen Ausnahme, dass zu ersteren höchstens  
ein paar Maurer, denen man wohl den Namen  
Kollegen nicht gut beilegen kann, hinzutreten, um die  
spionieren und den Westen dann zu sagen: "Schla-  
ruhig, Euer Weizen blüht." Wie solches möglich, kann  
nur der in hiesige Verhältnisse eingeweihte beurtheilen.  
Wie die Schwaben ziehen Jene im Frühjahr aus  
Holland auf, her an, um im Herbst nach einem Son-  
dermarsch den größten Entbehungen (halbe Rost, 14flündige  
Arbeitszeit) mit den abgehungerten und am Leibe ab-  
geschundenen Sparpfennigen heimzukehren. Dazu kommt  
dass das Lehrlingswesen hier nicht nur im Argen liegt,  
jondern fast nicht existirt. Wenige der hiesigen Maurer  
haben eine regelmässige Lehrzeit hinter sich. Ein bis zwei  
Jahre Speis bzw. Kaff gebringen zu haben, ist genug  
um dann mit Drusell (Felle) und Hammer sein Vor-  
verdienen zu können. Dass solche Brute sich nicht in  
einem Verein wagen, wo Leitung des Handwerks durch  
grundlose Ausbildung von Lehrlingen ein das Haupt-  
theil sind, ist selbstredend, denn wer selbst nicht gelernt  
kann Niemanden etwas lehren. Und wie leicht wäre es  
möglich, hier die Forderung des Vereins durchzuführen.  
So waren 40 Stundenlohn gegen 38—36 — im Vor-  
jahr bei 11stündiger Arbeitszeit als Mindestlohn von  
den Kollegen vereinbart, und schon im strengen Winter  
erzielten solches mehrere "freunde" Kollegen von Meister  
Pöller. Ja, die bedeutende ~~b~~ hiesigen Bau-  
meister Kiefer, zahl 38—39 pro Stunde freiwillig  
ebenso mehrere der anderen Herren Unternehmer. Darin  
wäre es sehr zu wünschen, dass hier mehr für Agitation  
gelten würde. Der kleine Verein ist bei bestem Willen  
und größter Pflichtstreue nicht im Stande, welche Arbeit  
zu bewältigen. Hier muss die Gesellschaftleitung ihr Bestes  
ausfliegen, und wir erleben bei scharfer Verfolgung  
unserer Absicht noch bessere Zeiten.

Ottenen. Eine öffentliche gut besuchte Versammlung der Männer von Ottenen und Umgegend fand am 23. April im Totale des Herrn Behr statt. Auf der Tagesordnung stand: „Bericht der Lohnkommission“. Diese feste berichtete, daß auf ihr Schreiben an die Meisterinnung eine in e' Antwort eingegangen sei. Offiziell hat die Lohnkommission auch mit den Meistern verhandelt wollen, was von diesen aber rücksicht abgelehnt wurde. Nun sei ja in der Versammlung vom 26. März d. Lohnkommission beauftragt, sämtlichen Meistern und Baumeistermeistern ein Schreiben zufommen zu lassen, das vom 1. Mai die Männer von Ottenen und Umgegend beanspruchen: eine Lohnverhöhung von 5 1/4 d. Stunde (also 60 1/4 Stundenlohn) und die jetzige Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden bestehen zu lassen. Um Antwort wurde bis zum 15. April erachtet. Die von dem Richt-Innungsmeister Herrn H o m s e l b eingetragene Antwort wurde verlesen; sie lautet folgendermaßen: „Ottenen, den 7. April 1889. An die Lohnkommission der Männer von Ottenen. Auf Euer merhiges Schreiben vom 31. März d. J. mag ich erwidern. Da ich nicht Innungsmeister bin kann ich ja auch nichts mit der Innung beschließen. Ich werde mich aber der Majorität fügen. Befreit der hohen Bude möchte ich gern etwas mehr befürworten müssen womöglich mit Hilfe seines Arbeitnovo...“

wissen, womöglich mit beeindruckender Bedeutung und  
Wirkung. Denn eine hölzerne heisbare Luke wird  
Politisch nicht gefasst wenn nur die Luke soll man  
sie womöglich mit verbündete, und die nötige Stüt-  
taufarbeit und Ventilation und, ob einen gehörlich  
Regulier Osten, oder Rothenfel, oder Kachelofen der  
letzterer bringt die gesuchte Wärme, und hält sich an  
den ganzen Tag warm, wenn morgens gleich ordentlich

schlagend  
sich nur  
recht habe  
Beförderung  
in Gefallen  
leben.  
Der Leser  
behauptet  
in Fragen  
zu. Die  
men und  
meine Be-  
stzung des  
sind doch  
ist und  
belegschaft  
aus: „Es  
an uns  
beweisen,  
übertrag  
der „ge-  
selte die  
gäst hat  
tagen des  
eine An-  
entlichen“  
in Fragen  
neu oder

9. solcher  
Umrisse  
ingungen  
und Sta-  
bhaftung  
längstige  
angebots-  
ohne der  
gewesene  
Namen  
ter und  
in Frage  
h. Ansicht  
wörliche  
eiten im  
sich auf  
al" und  
Oege  
gärtner  
et: ob  
n oder  
zehn  
rufungs-  
t, öffent-  
da weiß  
auf die  
wird es  
ellen im  
sie die  
Imperial-  
ben, da  
lissen den

angriechen  
dab im  
Seitigen  
en, ins-  
aus Ein-  
wurde  
verjamm-  
ausführ-  
er fest-  
er Thätig-

welche  
aus den  
d flühen  
dlungen  
ang der  
auschus  
nen be  
Aus-  
sicht be  
Beginn  
Ver-  
mögen  
angehört  
nicht zu  
Seellen  
hal vor  
Wenn  
mlungen  
in Er-  
vern in  
ehenden  
er des  
Bericht  
ur ihre  
entlde

in der  
Lage-  
arbeits-  
de bet-  
Rl. 40  
ig eine  
zumel-  
he und  
eitung  
ord at-  
t und

eingesetzt wieb, ich würde wenigstens dazu raten, denn man wart ja auch den Tag über einen Mann zum helfen. Nach mein Ansicht muss aber auch ein eingesetzter bauarbeiter Heizungsraum dabei sein, denn sonst befürchte ich würden einige Maurer oder Mauerarbeitersteine die meisten Stühlen wegkippen. Wenn man es genau weiß kann man sich ja etwas danach richten, denn die Höhe wird ja immer leicht 2 bis 3000 Mark kosten. Man möchte ja auch noch erzählen ob Zeit mir nicht möglich sofort nach Beschluss davon in Kenntnis seien, da ich wie umgehend schon erwähnt von der Innung kein Bescheid bekommen. Hochachtungsvoll E. H. Kommt." Groß war das Erstaunen der Anwesenden; von diesem "Meister" hätte Niemand eine solche Antwort erwartet, da er bis jetzt stets immer den Stundenlohn von 60,- gezeigt. Sollte der gesuchte Herr im Laufe der zwei Jahre, während welcher er sich nicht mehr in seiner Wirklichkeit befindet, vergessen haben, was es auf sich hat, im Winter die Pausen in den bisher gebräuchlichen, nicht einmal wasserfesten Buden auszubringen? Hat er vergessen, für welche Störungen er früher eingetreten ist, so dass er sich jetzt nicht entblödet, Maurer und Mauerarbeitersteine als notorische Spitzel hinzustellen? Ein bei ihm beschäftigter Barlier, welcher anwesend war, wollte selver Meister vertheidigen; er meinte, er hätte doch wenigeins und eine Antwort zulommen lassen. Er wurde dadurch eines Anderen belebt, denn, würden wir Maurer uns eins und erklären, bei diesem Meister treten wir nicht in Arbeit, so müsste er selbst wieder Hämmer und Kelle zur Hand nehmen; dies möge der betreffende Meister wohl bedenken. Eine Beantwortung des Schreibens wurde abgelehnt. Sodann wurde beschlossen, die Forderung aufrecht zu erhalten, indem schon mehrere Meister den Lohn zahlen, ebenso werden hier viele Bauten von Maurern unserer Nachbarstädte aufgeführt; die ebenfalls haben 60,- pro Stunde zahlen bzw. sich verpflichtet haben, vom 1. Mai ab dieses zu zahlen. Beschluss wurde, diesen Brief im "Grundstein" zu veröffentlichen, damit die Maurer Deutschlands einen Begriff von dem Verfasser desselben bekommen.

Frankfurt a. M. Am 9. April tagte im Saale zur "Concordia" eine vor circa 500—600 Maurern besuchte Versammlung. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht des Delegierten über den Kongress in Halle a. S. 2. Bericht des Vorstandes über die Verhandlung mit den Meistern. 3. Verschiedenes. Das Bureau wurde aus den Kollegen Schmitz, Scheibel, Buhl und Dietrich zusammengelegt. Über den ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Herbert in einem einflussreichen Bericht über den letzten deutschen Mauerkongress und verfasste auf den demokratischen beschlossenen Resolutionen, welche mit grossem Beifall von der Versammlung angenommen wurden. Redner knüpfte dann an diesen Bericht noch eine Betrachtung über die Frankfurter Maurerbewegung. (Sturmische Bravo). Zum zweiten Punkt der Tagesordnung berichtete Kollege Herdt aus Langen im Auftrage der Vorstandskommission, dass entsprechend dem Beschluss der Versammlung vom 10. Oktober vergangenen Jahres und zwar zum dritten Male, Befreiung an die Meister gerichtet sei, um mit ihnen in Unterhandlung zu treten. Das Befreiung enthielt folgende Forderung: "Die Maurer Frankfurts verlangen vom 1. April 1889 ab einen Minimallohn von 40,- zehn Stunden Arbeitzeit und für Überstunden 10,- mehr pro Stunde. Die Arbeitsdauer ist zu befestigen". Redner erläuterte, dass diese Forderung der Maurer Frankfurts eine höchst bedeutsame sei, da doch mehrere Meister schon 58—40,- pro Stunde bezahlen, und kritisierte das ablehnende Verhalten der Arbeitgeber, die es nicht der Höhe werkt gehalten haben, zu antworten. Alsdann wurde nach längerer Debatte folgende von der Vorstandskommission gestellte Resolution einstimmig angenommen: "Da es die Herren Meister und Bauunternehmer nicht der Höhe werkt erachten, mit der Vorstandskommission in Unterhandlung zu treten, deshalb auch nicht erschienen und nicht gewillt sind, die wirtschaftliche Lage der Gesellen zu verbessern, so ist nur anzunehmen, dass sie den Gesellen einen Streit aufdrängen wollen. Die heutige öffentliche Versammlung der Maurer beschließt somit, der Vorstandskommission zu überlassen und anhängerlich zu erhalten. Sollte jedoch in dieser Zeit sich eine Anzahl Geschäfte finden, welche den Forderungen der Vorstandskommission entsprechen, so soll nur über diejenigen Geschäfte, welche den Forderungen nicht nachkommen, die Sperre verhängt werden". Zum dritten Punkt der Tagesordnung sprachen die Kollegen Schmitz, Scheibel, Frankenbach und Seifert. Einige der Redner lobten die Arbeitsarbeit und die Ungerechtigkeit der Parteiführer, und traten für Bekämpfung dieses Nebelstandes durch eine energische Organisation ein. Auch für Aufnahme der Sammlungen zum Generalskongress der Maurer Frankfurts und Umgegend trat Kollege Herbert ein; dieselben solltmon besser verhindern und unterstützen. Wenn von den 400 Maurern Frankfurts am Löhnungstag nur je 1,- beigetragen würde, so ergäbe das (vorw. 40,-) Der Vorsitzende betonte noch, zum Schlusse, das in nächster Zeit wieder eine allgemeine Versammlung stattfinden werde, in welcher über die achtjährige Ausbildung und über die 14-tägige Kindergärtnerfest verhandelt werden soll. Zum Schlus empfahl Redner das Abonnement auf den "Grundstein" und schloss dann mit einem Dank für den zahlreichen Besuch die Versammlung.

Frankfurt a. M. Im Saale des Neu-Gerichtshauses fand am 15. April, Mittags 12 Uhr, eine öffentliche Versammlung der Maurer Frankfurt statt, die ziemlich stark besucht war. Es handelte sich darum, festzustellen, inwiefern die Kollegen bei ihren Meistern mit der Lohnforderung von 35,- pro Stunde Erfolg gehabt hätten. Nachdem nur die einzelnen Arbeitnehmer über die Verhandlungen mit ihren respektiven Meistern Mitteilung gemacht hatten, kam man zu dem Endresultat, dass nur wenige Arbeitgeber die Forderung ganz bewilligt hätten. Andere haben bisher zwischen 38—35,- bezahlt und weigern sich auch den Minimallohn durchschnittlich zu zahlen. Nach eingehender Debatte wurde folgende Resolution von der Versammlung angenommen: "Alle

Kollegen, welche nicht 35,- erhalten und die Arbeit heute, Montag, eingesetzt, werden mit Mt. 15,- wöchentlich unterstellt, ferne verpflichten sich alle anwesenden Kollegen moralisch, pro Woche Mt. 1 zum Unterstützungs fonds zu zahlen, auch wird die Resolution vom Dienstag voll und ganz anerkannt, wonach auch die ihre Arbeit niedertretenden Arbeitnehmer entsprechend unterstellt werden sollen". Es wurde hierauf also für zweckmäßig erachtet, dass nur die Kollegen die Arbeit heute, Montag, niedertreten sollen, welche den geforderten Lohn nicht erhalten, während die übrigen weiter arbeiten und die fehlenden Kollegen unterstützen. Letztere haben sich zunächst nach anderer Arbeit umzuhören und wenn sie solche nicht finden können, sich deutsches Kontroll-Bor- und Nachmittags in einer im Bergelsaal ausliegenden Liste einzutragen, und sich auch am Abend dort einzufinden, um mit der dann anwesenden Lohnkommission zu konferieren. Schließlich wurde noch seltsams eine Anweisung zur Kenntnis gebracht, dass ein jüngst freigesprochener Lehrling dem Obermeister der Innung gewarnt worden sei, mit den älteren Kollegen in Verkehr zu treten und sich an ihren Verbindungen zu beteiligen. Die Mitteilung wurde mit lebhafter Entzückung entgegengenommen, man sprach sich in dieser Beziehung dahin aus, dass man sehr wohl wisse, was der Herr Obermeister mit seiner Handlungswelt bezeichnete. Mit einem sämischen dreimaligen Hoch auf die Frankfurter Arbeiterversammlung wurde die Versammlung um 3 Uhr geschlossen.

Geis. In der am 10. April im "Goldenen Adler" stattgefundenen Maurerversammlung erstattete der Delegierte, Herr Tonndorf, Bericht über den sechsten deutschen Mauerkongress. Redner brachte die von dem Kongress gefassten Beschlüsse zur Kenntnis der Versammlung, indem er die hierfür maßgebenden Gesichtspunktlage erläuterte und schließlich auf das nächstfolgende im Druck erscheinende Kongressprotokoll verwies. Nach einer kurzen Debatte, in welcher die Notwendigkeit einer festen Organisation betont wurde, wenn die Gesellen Maurer aus ihrer traurigen Lage herauskommen wollen, wurde die Abrechnung über den Unterstützungsfonds der Gesellen Mäuter für das verflossene Jahr vorgelegt. Ausstellungen wurden nicht gemacht, jedoch von verschiedenen Seiten bedauert, dass die Sammlungen zu diesem Fonds sich nur einer schwachen Beliebung erfreut hätten. Die Befürchtung zum Unterstützungsfonds sollte bereits vom 1. April ab erhoben werden. Als vom Kongress festgesetztes Fazitlaut wurde der "Grundstein" empfohlen. Ein Antrag des Herrn Tonndorf: "Darin zu wissen, dass vom 1. Mai eine zehnständige Arbeitzeit eingehuftet werde", wurde einstimmig angenommen und der Gesellenanschluss beantragt, das zur Kenntnis der Meister zu bringen. Alsdann wurde noch beschlossen, der Familie des verstorbenen Meisters Dr. Brink eine Unterstützung von Mt. 10 zu gewähren. Punkt 12 Uhr wurde die gut besuchte Versammlung vom Vorstand geschlossen.

Bremen. Die Tagesordnung der am 17. April abgehaltenen Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer Bremens und Umgegend lautete: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Die Organisation der Arbeitgeber gegenüber der Organisation der Arbeitnehmer. 3. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Herr Schötter den Antrag, Punkt 2 zur Zeit schwachen Bedürfnis der Versammlung halber zuletzt zu behandeln. Dieser Antrag wurde angenommen. Alsdann verlas Herr Becker ein an ihn gerichtetes Schreiben des hiesigen "Bauhütte", in welchem er aufgerufen wird, die hiesigen Kollegen zu veranlassen, zu den Prüfungsarbeiten der Lehrlinge am Donnerstag den 18. April einen solchen als Vertreter der Gesellen zu senden. Becker sowohl wie auch die Kollegen Behrens und Schötter befürworteten das Gefühl der "Bauhütte" mit der Erklärung, dass nicht ein, sondern drei Kollegen zu den Prüfungsarbeiten der Lehrlinge zu senden seien, um den "Bauhütte", sowie dem Publikum durchaus keinen Grund zu der Annahme zu geben, dass wir nicht gewillt seien, mit den Meistern so viel wie möglich Hand in Hand zu gehen, trotzdem wir uns im Ubrigen von jolcher Prüfungsmethode nichts versprechen. Das Gefühl wurde dann auch mit der oben erwähnten Erklärung angenommen und die Kollegen Krieger, Kämme und Böldi als Vertreter der Gesellen zu diesem Zwecke gewählt. Hierauf referierte Herr Schötter er über den zweiten Punkt der Tagesordnung, indem er ausführlich die Lage der Arbeiter während der Kunstperiode schilderte und dann die jetzige Coalition der Arbeitgeber gegenüber der Coalition der Arbeitnehmer mit den früheren Verhältnissen verglich. Der Referent stellte sehr stark den bestehenden Modus der Innungen, die schwächeren Stiften betreffend und ermahnte die Versammlung, streng ihre Rechte auf dem gesetzlichen Wege zu wahren.

Hamburg. Vor Eintritt in die Tagesordnung der am 25. April abgehaltene schwach besuchte Mitgliederversammlung des hiesigen Maurerfachvereins machte der Vorsitzende auf die mit dem 1. Mai beginnende Erhöhung der Extraarbeiter, sowie auf die von Vorstand in dieses Hinsicht getroffenen Einschränkungen aufmerksam, nach welchen an 7 verschiedenen Annahmestellen in der Stadt und den Vororten an jedem Sonntag die diesbezüglichen Ausgaben geleistet werden können. Gerner erfuhrte Herr Jahn, zur nächsten Versammlung das Mitglied Bäschke, welches als Barlier an dem bekannten Engelsbörse am Spielplatz fungiert, einzuladen, um Ankündigung über den an dem Bau abgeschlossenen Vertrag zu geben, da er in Erklärung gebracht habe, dass für das Vermäthen von je 1000 Steinen Mt. 6.75 verfordert sei; während die an dem Bau beschäftigten Maurer nur Mt. 5.50 pro Laufschritt erhalten hätten. Die Angelegenheit wurde zum vierten Punkt der Tagesordnung erhoben. — Der erste Punkt der Tagesordnung und lautete: "Die Schäden der Arbeitsdauer sind deren Befestigung". Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte über einen Antrag, wegen so schwachen Besuchs der Versammlung über diesen Punkt zur weiteren Tagesordnung überzugehen, wurde beschlossen, das Thema trotzdem zu behandeln. Der Vorsitzende führte alsdann zunächst aus, dass er zur Abschaffung der Arbeitsdauer Verhandlungen mit den Meistern für unumgänglich nochwendig halte. Vor allen Dingen müsse aber unter den Kollegen selbst Stimmung für die Abschaffung der Arbeitsdauer gemacht werden und dazu gehört: 1. Vorstoss bei Abschaffung der Kontrakte und dadurch herbeigeführte Vermeidung der Organisierung von Arbeitskolonien. 2. Verweigerung des Übertrittes an solche, die während der Ausführung einer Arbeitsdauer die Arbeit verlassen, um an anderer Stelle in günstigerem Aufstand zu treten. 3. Fehls gegen kameradschaftliches Zusammenarbeiten geschätzte Unternehmen muss allerseits bekämpft werden. Nachdem Redner diese Theorie eingehend besprochen, feste folgende Resolution: "Die heutige Versammlung beschließt, dass es Pflicht jedes Mitgliedes ist, möglich die Arbeitsdauer zu melden. Wo in Aufstand gearbeitet wird, ist besonders darauf zu achten, dass alle Übergriffe und Nebelstände zur Kenntnis des Vorstandes gebracht werden. Unter allen Umständen muss die etwa verbleibende Überstundereichmäßigkeit unter die Betheiligung vortheilt werden. Wo durch aus dem Aufstand entstehende Differenzen die Kollegen die Arbeit niedertreten, bleibt es, sofern nicht Vereinsinteressen in Frage kommen, jedem Mitgliede unbenommen, die verlassene Arbeit wieder aufzunehmen. Die Versammlung beschließt ferner: um zur gänzlichen Befestigung der Arbeitsdauer zu gelangen, wird der Vorstand beauftragt, mit den Arbeitgebern über diese Frage zu verhandeln und das Resultat einer der nächsten Versammlungen zur endgültigen Abschlussfassung vorzulegen." Nach längerer Debatte, in welcher von den meisten Rednern die Annahme der Resolution aus verschieden Gründen bestimmt wurde, zog der Vorsitzende wegen des schwachen Versammlungsbesuches die obige Resolution zurück. Dasselbe Thema soll in einer grösseren Versammlung auf's Neue behandelt werden. — Ein von dem Mitgliede R. Wittkoft gestellter Antrag auf Unterstützung wegen längerer Krankheit, wurde, laut früher gefassten Beschlüssen, abgelehnt. — Die von den Schwämmen Wandbörse, den Bischläern Vergeborsch und den Wertheibern Berlins beantragte Streitunterstützung, wurde in Rückicht auf die zahlreichen Arbeitseinstellungen der Maurer abgelehnt, worauf nach Erledigung einer inneren Angelegenheit die Versammlung geschlossen wurde.

Münster. In einer am 13. April stattgehabten Versammlung der Maurer Windes und Umgegend erstattete der Delegierte Bericht über den sechsten deutschen Mauerkongress. Redner brachte die von dem Kongress festgesetzten Beschlüsse zur Kenntnis der Versammlung, indem er die hierfür maßgebenden Gesichtspunktlage erläuterte und schließlich auf das nächstfolgende im Druck erscheinende Kongressprotokoll verwies. Nach einer kurzen Debatte, in welcher die gesuchten Beschlüsse abgelehnt, abgelehnt, — Die von den Schwämmen Wandbörse, den Bischläern Vergeborsch und den Wertheibern Berlins beantragte Streitunterstützung, wurde in Rückicht auf die zahlreichen Arbeitseinstellungen der Maurer abgelehnt, worauf nach Erledigung einer inneren Angelegenheit die Versammlung geschlossen wurde.

München. In einer am 13. April stattgehabten Versammlung der Maurer Windes und Umgegend erstattete der Delegierte Bericht über den sechsten deutschen Mauerkongress in eingehender Weise; es schiede Redner den Lauf der Verhandlungen und machte auf die gefassten Beschlüsse und deren Wichtigkeit für die Maurer Deutschlands aufmerksam. Alle Anwesenden erklärten sich mit den Beschlüssen einverstanden. Alsdann wurde die Vorfrage abgestellt, ob die Abrechnung über den Unterstützungsfonds der Maurer aus ihrer traurigen Lage herauskommen wollen, wurde die Abrechnung über den Unterstützungsfonds der Gesellen Mäuter für das verflossene Jahr vorgelegt. Ausstellungen wurden nicht gemacht, jedoch von verschiedenen Seiten bedauert, dass die Sammlungen zu diesem Fonds sich nur einer schwachen Beliebung erfreut hätten. Die Befürchtung zum Unterstützungsfonds sollte bereits vom 1. April ab erhoben werden. Als vom Kongress festgesetztes Fazitlaut wurde der "Grundstein" empfohlen. Ein Antrag des Herrn Tonndorf: "Darin zu wissen, dass vom 1. Mai eine zehnständige Arbeitzeit eingehuftet werde", wurde einstimmig angenommen und der Gesellenanschluss beantragt, das zur Kenntnis der Meister zu bringen. Alsdann wurde noch beschlossen, der Familie des verstorbenen Meisters Dr. Brink eine Unterstützung von Mt. 10 zu gewähren. Punkt 12 Uhr wurde die gut besuchte Versammlung vom Vorstand geschlossen.

Wandsbäck. Der Fachverein der Maurer Wandsbäcks hielt am 23. April seine Mitgliederversammlung ab, mit der Tagesordnung: 1. Unser Vorstand und die Arbeit hier am Orte. 2. Wie steht die Versammlung sich zur Gründung eines Reservefonds? 3. Inneres Vereinsangelegenheiten. 4. Freigaben. Zu Punkt 1 verfasste Herr Gessinger den vom Vorstand ungearbeiteten Befund 3. unserer Vorstände; derselbe lautet: "Überstand, sowie Nacharbeit ist gänzlich verboten; Ausnahme ist nur gestattet, wenn Menschenleben in Gefahr stehen; oder Arbeiter geschädigt werden." Diese Fassung wurde ohne Debatte angenommen. Herr Oppermann stellte die "Aufklärung" des Herrn Maurormeister Carus im "Wandsbäcker Boten". Der Genannte hat nämlich unsere Forderung nicht bewilligt, und deshalb wurde seitens der Streikkommission die Sperre über die vom Ort auszuführenden Arbeiten verhängt. Nun schreibt derselbe im "Wandsbäcker Boten": "Durch eine Befreiungshabe er erfahren, dass einige Maurer die Sperre über seine Arbeiten verhängt hätten." Diese Behauptung ist eine Unwahrheit, denn das Schreiben, welches Herrn Carus bezüglich der Sperre ausgesetzt wurde, ist unterzeichnet gewesen: "Die Streikkommission des Fachvereins der Maurer." Weiter schreibt der Genannte, dass er als dem dauernden Publikum gegenüber nicht verantworten könne, wenn er junge und minderbeschäftigte Gesellen über die Lohnsätze von 60 Pf. die Stunde, bezahle, wie den besten. Der letzteren würde er ja nach Leistung auch noch mehr zahlen. Auch sei er mit genugenden Kräften verhängt, um eventuellen Anstrengungen nachzukommen." (Selbstes ist freilich wahr, doch liegt das an dem Indifferenzmuth der Betreestenden, da dieselben doch wüssten, dass der Zugang ferngehalten werden sollte. Es sind aber auch Wandsbäcker des Herrn Carus. Ann. d. Einzelnen.) Nachdem noch die Herren Hammann, Läder, Gräbner, Kärtner und Wenzel in denselben Sinne gesprochen, wurde der Vorstand beauftragt, eine entsprechende

widerbung im „Wandsbecker Boten“ oder „Stadtblatt“ zu erlassen. Ferner konstatierte der Vorsitzende, daß auf einigen Stellen der Dogmatische nicht innengehalten werde, in Betracht des Abbedens der Balkenlagen. Redner erfuhr, freig nach den Vorschriften zu handeln, da es sich doch um unser eigenes Wohl handele; auch forderte die Baugewerks-Berufsgenossenschaft im § 5 der Unfallverhütungsvorschriften das Abbeden der Balkenlagen. Diesen Ausführungen schlossen sich die übrigen Redner an. Zu Punkt 2 wurde nach längerer Diskussion beschlossen, während der sich Sommermonate pro Monat 50 Pf. pro Mitglied in den Kostensondex zu zahlen. Ein Mitglied, welches längere Zeit krank gewesen, wurde mit Mr. 30 unterstellt. — Herr Cabier heilte im Interesse der Abonnenten des „Grundstein“ mit, daß er vom 5. Mai in der Schulgasse, Altenburg 3 Wohnung e. wohne. — Zum Schlus wurde das jüngste Mitglied Ch. W. holt wieder aufgenommen.

**Cottbus.** In der am 15. April im Saale des Herrn Bodul unter dem Voritz des Herrn Nellso stattgehabten öffentlichen Maurerversammlung erläuterte der Vorstehende die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit und erklärte, daß nach den heutigen Verhältnissen nur eine Verkürzung der Arbeitszeit uns aus unserer gebildeten Lage befreien könne, da bei dem Überangebot von Arbeitkräften auf dem heutigen Arbeitsmarkt die elfstündige Arbeitszeit nicht mehr maßgebend sei. Meister beantragten vom 1. Mai ab die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, sowie einen Stundenlohn von 35 Pf. zu verlangen, wogegen die Meister erklärt haben, wohil eine Abgützulage von 2 Pf. pro Stunde zu bewilligen, der Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit jedoch entschieden entgegen zu treten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung der Maurer von Cottbus beschließt, daß, wenn bis zum 1. Mai d. J. die den Meistern angekündigte Forderung von 35 Pf. Stundenlohn und zehnstündiger Arbeitszeit nicht bewilligt wird, sämtliche Maurer von Cottbus am 1. Mai die Arbeit niederlegen und dann auf die Forderung von zehnstündiger Arbeitszeit und 40 Pf. Stundenlohn beharren werden.“ Wir hoffen, daß es nicht zum Streit kommen wird, sondern daß die Meister sich in Güte mit uns einigen werden. Wir bitten aber, den Zugang nach Cottbus streng fern zu halten, bis wir unsere gerechte Forderung voll und ganz durchgesetzt haben.

Dortmund. Die Maurer Deutschlands werden wohl schon gebadet haben, daß die Kollegen in Dortmund in keiner Weise um ihre Beteiligung, sowie um die ganze gewerkschaftliche Organisation der Maurer Deutschlands lästern, und dem ist denn auch wirklich so. Zu einer Versammlung des Fächervereins der Maurer Dortmunds, welche am Sonnabend, den 20. April, stattfinden sollte, war es aber dem Vorstand nur ein Witzgedanke erschienen: sieben Kollegen, welche anwesend waren, um sich in dem Verein einzuschreiben zu lassen, mühten unverzichtbarer Sache wieder nach Hause geben, da ja weder Kästner noch Schriftführer es der Weise schaften wollten, hatten, um zur Versammlung einzutreten. Und ebenso wenig als um den Verein hinzumekken; man schickte hier, um die gewerkschaftliche Bewegung der Maurer Deutschlands. Nicht einmal die Beschildigung des Kongresses konnte zu Stande gebracht werden. Das unter solchen Umständen durch Zusammenbringen von Mitteln zur Unterstützung stehender Kollegen keine Rede sein kann, ist wohl einleuchtend. Von einem Unterstützungsfonds ist keine Rede, höchstens, daß ab und zu mal einige Sammellöffnungen durchgeführt, deren Ertrag bezeichnend klein ist. "Wir hat die letzte Sammlung etwas über Mr. 5. Tage und schreibt „Fürs Werk“ eingebracht von jista 1000 am Oste arbeitenden Maurern. Ob man es ganz und gar hergeissen hat, daß auch die Dortmunder Maurer, als sie ja im vergangenen Jahre im Streit standen, von den Kollegen Deutschlands unterstützt worden sind? Denkt man garnicht daran, daß es das Blödig und Schuldigkeit ist, dieses wieder grade zu machen dadurch, daß man nun auch ebenfalls die stehenden Kollegen nach Kräften unterstützen muss? Wir wollen wünschen, daß die Kollegen Dortmunds bald aufwachen aus dem Schlaf, in welchem sie sich befinden, und daß sie sich wieder eine stramme Organisation schaffen, um so das Besteuer wieder nachzuholen.

„Furthebare. Unsere Forderung von 30,- pro Stunde ist nach längerer Belegerung seitens der Meister bewilligt worden; von der zehnständigen Arbeitszeit wollen sie jedoch nichts wissen. Höflichst werden wir auch diese Forderung im nächsten Jahre durchsetzen. Unserer Erfolg haben wir dadurch errungen, dass hier sämmtliche Maurer dem Fachvereine angehören.“

Niel. Montag, den 1. April, fand hier eine öffentliche Maurer Versammlung statt, in welcher die Delegierten über den Verlauf des letzten deutschen Maurer Kongresses Bericht erstatteten. Einige Kollegen missbilligten die Artikeln des Kongresses in Betreff des vorjährigen Streits; im Uebrigen erlaubte die Versammlung die Beschaffung des Kongresses voll und ganz hoch zu halten. — Am 11. April fand wieder eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Zweck und Augen des Generallands. 2. Der Steinmetz. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkte legte Kollege Neuendorff klarer

hund tausend Mark aufzutragen. Wie er sich in dieser Weise den Friede des Generalsonds auszuhandeln und ernannte die Kollegen sich mehr an den freiwilligen Sammlungen zu betheiligen wie bisher. Kollege Böwe leitete unterstützte den Vorredner und führte die vielen Streits ab; welche in vertheilten Sälen ausgebrochen sind, behabt sie es jetzt doppelt unsre Blätter, unser Schatzstein zu dem Fonds beigezogen. Hierauf wurde Kollege Adolphe mit der Verteilung von Sammelfäusten und Marken beauftragt. Zum zweiten Punkte brach Kollege Böwe leitend sein Bedauern über die große Interesselosigkeit der Kollegen aus, welche die niederen Schundblätter halten und lesen und auf diese den Strich bezogen, der ihnen um den Hals gelegt wird, als daß sie das oder andere Arbeitseßblätter lesen. Redner ermahnte die Abonnenten, für unser Hochorgan "Der Grundstein" zu agitiren; ein Reder müsse es sich zur The se rechnen, Reder und Abonent zu sein, da nur auf

re Weise das Verständniß für Verbesserung der allgemeinen Lage überall Platz greifen kann. Zum "Verständniß" benötigte Kollege Steffel, daß es jetzt wohl an der Zeit sei, für die Kongressherrschaft einzutreten und plädierte für die Aufhebung des Allordnungs, da derselbe von den fremden Auflagen durch nicht eingehalten werde. Die Kollegen Röwe, Eit, Dünne, Rausch und Steffen haben die Ansicht und nachzuweisen, daß durch den Allordnungs der Allordnungs-Schranken gelöst seien. Schließlich wurde vorgerückter Zeit halber der Antrag gestellt, in allerdringlicher Zeit eine Besammlung mit bischöflicher Lagesordnung einzuberufen, welcher auch angenommen wurde. — Am 25. April fand denn auch die Versammlung mit der Lagesordnung: "Endgültige Befreiungslösung" des Allordnungs statt. Nach der Begrüßung leitete Kollege Rausch die Gründe der Einführung des Allordnungs auseinander und belehrte, die schieren Uebel-

ände, welche bei Uebernahme von Arbeiten unter den Kollegen gehörten, wo sie ihre ganze physische Kraft anwenden müssen, um ein paar Groschen über sohn zu verdienen. Es sei doch leicht verständlich, daß einem Preise von M. 12-13 pro Tausend Steine bauten sich füg und fertig zu stellen, die Beistung nicht mehr als Arbeit, sondern als Schwerer und mühsamer Betrieb gesehen werden müsse. Kollege Kießel sah seine höheren Bedenken in's Feld und meinte, daß ein Kollege, der von Unglücksfällen betroffen werde, nicht mit dem Preis des Tagelohns auskommen könne; übrigens wisse er nicht, wie die Kielser Maurer sich den Maurern Deutschlands gegenüber verantworten wollen, da der Königreichs- und für die Aufhebung der Alfordtarife eingetreten sei. Kollege Steffen führt aus, daß der Kongress durch Aufhebung der Alfordtarife die Alfordarbeit überhaupt aufzuholen beabsichtigt habe, dies sei aber in Kiel ungünstlich nicht ratsam, Kollege Powell erinnert sich nach längeren Ausführungen die Annahme folgender Revolution: „Die heute im ‚Englischen Garten‘ abgehaltene öffentliche Versammlung der Maurer von Kiel sieht in Erwagung, da durch die gegenwärtige Lage und Einführung des Alfordtarifs die Alfordarbeit in Kielung gelommen ist und voraussichtlich noch weiter eingeschränkt wird, so beschliegt die Versammlung, den Arbeitern unter allen Umständen so lange hoch zu halten, bis die Alfordarbeit als gänzlich unterdrückt betrachtet werden kann und die Kollegen zur ihr Ueberzeugung geangt, daß nur die Scharteit, für sie der größte Vortheil hat.“ Die Resolution wurde bei nemantlicher Abstimmung mit zwei Dritteln Majorität angenommen. Hiedam wurde einem Kollegen noch eine Unterstiftung von M. 2000 bewilligt und hierauf die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Görlitz. Am 17. April fand hierzulst. unsere Vereinsversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Einnahmen der Monatsbeiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Innere Belehrungsangelegenheiten. 3. Fragen. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung erledigt war und sich mehrere Kollegen hatten einreden lassen, wies Kollege Siecke er auf die Bedeutung des 1. unseres Statuts hin und ermahnte die Kollegen nicht nur Mitglieder des Vereins durch Zahlung der Monatsbeiträge zu sein, sondern jeden Kollege möge es sich als Pflicht machen, energetisch für den Verein einzutreten. Kollege Tautum gauß befürchtet, daß es hier Kollegen gäbe, welche als Spione der Arbeitgeber in den Versammlungen erscheinen, um letztere nachher entstellend und sogar unfaire Berichte zu erstalten. Leider ist es uns noch nicht gelungen, derartige Subjekte herauszufinden, um ihnen ihre erbärmliche Handlungswelt klar machen zu können. Hoffentlich gelingt es. Weiter läßt Redens aus, daß unsere Arbeitgeber sehr vor kaum vier Wochen gegebenen Verbrechen bestreifend die Lohnfrage, schon nicht mehr halten wollen, um damit sie den Vorwurf dadurch bechuldigen, daß das Angebot der Arbeitgeber die Nachfrage bedeutend übersteige, und sich schon Männer unter 30 J. angeboten hätten. Andere suchen wieder einen Ausweg darin, daß sie die mit der Lohnkommission getroffenen Abschnädungen nicht noch von der Gesellschaft zugeschoben bekommen hätten; sie würden daher ja nicht ob wir damit zufrieden seien. Also ihre eigenen Abschläge verlangen die Herren Arbeitgeber nochmals von den Gesellern zugesandt, um sie halten zu müssen. Doch aus diesem Wunsche wurde folge geleistet. Meistens sind dies aber solche neu gebildete Unternehmer, die noch vor wenigen Jahren mit uns zusammen gearbeitet haben. Also wiederum ein Beweis, daß nur durch eine starke Organisation ein Drud darauf gelegt werden kann, derartige Nebelschein zu bestreiten. Metter wurde

In letzter Versammlung eingereichter Antrag, welcher damals wegen schwachen Besuchs der Versammlung nicht zum Ausdruck kam, betreffend die Wahl einer Kommission zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Kollegen, angenommen. Gestellt wurden die Kollegen Deltor, Opis und Steinert. Nachdem die in dem Fragestofen befindlichen Anfragen erledigt waren, forderte Kollege Kupke zum Schlus die Kollegen nochmals auf, sich doch reger am Abonnement auf den „Grunderwerb“ zu beteiligen.

hierbeißt eine öffentliche Mauereröffnung mit der Tagesordnung: Verstärkung des Delegierten vom gesamten deutschen Mauererkongress statt. Nach Zusammensetzung des Bureaus aus den Kollegen J. E. F. L. v. B. o. s. als erster, C. W. o. r., als zweiter Vorständen und B. B. o. h. e., als Schriftführer, erhielten Kollegen J. E. n. f. en in sachlicher und klarer Weise Bericht über den Verlauf des Kongresses und ersuchte die Anwesenden, sich genau an die Kongreßbeschlüsse zu halten. Der "Grundstein", als offizielles Siedlungs- oder Mauerer-Deutschlands anerkannt, sei von allen Kollegen zu abstimmen. Hierauf wurde ein Antrag angenommen zur Gründung eines Mauerverbands monatlich 50 Pf. zu zahlen. Mit der Annahme ihrer Befreiung wurde Kollegen B. S. t. h. l. beauftragt, welcher die auf ihn gefallene Wahl annahm. Außerdem wurde noch beschlossen, Sammelgängen den Sommer über in der Zwischenzeit

irkulieren zu lassen und die für Streitunterstützung resp. Agitation bestimmten Gelder an die Geschäftsführung der Deutschen Maurer Deutschlands zu senden.

Dresden. Der Sachgremium der Stadtväter von Dresden und Umgegend hielt am 17. April, Abends 8 Uhr, im "Sall's Rathaus" seine Generalversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Reichstagsbericht. 2. Neumaß des Vorstandes. 3. Anträge. 4. Vereinsangelegenheiten.  
Collegie Schäde, als Kassirer, gab den Reichstagsbericht bekannt, welcher von den Reichstags für richtig befunden wurde. Dieder mußte dieses Quatrat wiederum einen bedeutenden Defekt abschlossen werden. Zu Punkt 2 wurden in den Vorstand gewählt: die Kollegen Schäde, als erster, Röder, als zweiter Vorsteher, Schäde, als erster, Schäde, als zweiter Kassirer, Beuckel, als erster, Watzke, als zweiter Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kollegen Bürger, Schäfer und Beuckel, sowie als Beisitzer Bischel und Rost gewählt, während Collegie Röder die Verwaltung der Bibliothek in Händen behält. Zum dritten Punkte wurde auf Antrag des Kollegen Gätner beschlossen, im § 1 des Statuts den Ausbruch: "aller politischen und religiösen Werke" zu streichen. Im letzten Punkte wurde von mehreren Rednern das Submissionswesen und das Verhältnis der Innungs- und Baumeister zu demselben einer gehabenden Kritik unterzogen. Collegie Gätner forderte alsdann die Anwendungen auf, aus allen Säulen stützig für den Verein zu agitieren. Nur durch Verkürzung der Arbeitszeit könne der elenden Tag der Dresdener Maurer in etwas abgeholfen werden; leider müsse er konfessio, daß die Dresdener Maurer schwerer als andere Organisationen herbeizuführen seien, als die freien. Alsbald teilte Herr Röder mit, daß laut Anzeige in den "Dresdener Nachrichten" Maurer für einen Stundenlohn von 36 Pf. nach Halle a. S. als Streitbrecher geachtet würden und erfuhr die Anwendungen, nach Kräften für Abschaltung des Bruges nach Halle einzutreten. Zum Schlus empfahl Collegie Gätner den Beitritt zur Centralanstaltssage der Maurer, später zu dem Grundstein zu Einigtheit, sowie das Abonnement auf dem Kongreß als offiziell anerkennete Fachorgane. "Der Grundstein".

Mainz. Eine öffentliche Maurerversammlung fand hier am 14. April statt, in welcher Herr Käber eren, welcher die Mauer von Mainz und Umgegend auf dem Kongreß in Halle a. S. vertreten hatte, einen Bericht erstattete, der selbst mit großer Vertheidigung entgegen genommen wurde. Mederer verbreitete sich besonders über die Lage der Maurer in den einzelnen Dörfern und bewies durch seine Ausführungen, daß eine Ausbeutung der Bönn und Verkürzung der Arbeitszeit überall nöthig wendig sei. Der Vorsitzende, Herr Gehez, sprach zunächst dem Vorredner im Namen der Versammlung den Dank für die Vertretung aus und ermaubte zum Festhalten an der Organisation, weil nur auf diese Weise eine Besserung der bestehenden Verhältnisse zu erlangen sei. Ferner schuberte Mederer die Schäden der Aufforderung, welche auf das Neuerste zu belämpfen pflicht eines jeden Maurers sei. Zum Schlusz forderte Herr Gehez es auf, allzeitiges Abonnement auf das offizielle Fachorgan der Maurer Deutslands, den "Grundstein", auf. Hierauf sprach der Vorsitzende über die im vorjährigen Streit gemachten Erfahrungen und bezeichnete die Ansicht, das durch denselben nichts erreungen werden sei, als unrichtig. Der Streit habe die Grundlagen zur Organisation der Mainzer Maurer abgegeben, und sei der Anfang um etwas meistigeren Kollege Gimmler schuberte den Verlauf mehrerer Anlässe in Orte, welche infolge von Streits wegen Sammeln von Unterstellungen erhoben worden waren und mit Freiheitlichung bzw. freigelaufender Flugschriften gesündet hatten. In Beireff der diesjährigen Wohltage beuntagierte Kollege Käber, mit der Durchführung derselben bis zur Errichtung des generellischen Soldgerichts, welcher Zeitpunkt in nicht fernster Zeit einzutreten werde, zu warten. Der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Zum letzten Punkte der Tagesordnung unterwarf sich Lebener die unverdiente Behandlung der Maurer in Mainz seitens der Pariser einer scharfen Kritik. Kollege Gimmler am an man machte die Veränderung des Krautkassenfests des Städte Mainz (Beir. d. R. R. "Grundstein zur Einigkeit") befürwort, welche Noch jetzt im Gange ist. Zur Drabitsch's befindet und forderte zum Beitrag in dieselbe sowie zu regemem Schluß der Kassenanmeldungen auf. Nachdem der Sachstand nochmals zur Vertheilung stand, erhielt der Sachstand nochmals zur Vertheilung an der Organisation sowie zum Beitrag zum Fondsbeitrag und Abonnement auf den "Grundstein" ermaubt. Hatten wurde die Versammlung um 5½ Uhr geschlossen.

**Mauerarbeiterleute.**

**Hofstod.** Am 25. April fand hier in der „Friedrichshalle“ eine öffentliche Arbeiterversammlung statt, welche von ca. 1200 Personen besucht war. Der Vorstand eröffnete um 8 Uhr die Versammlung. Auf der Tagesordnung stand: Berichterstattung des Stellvertreterkomitees Herr. Steinweg, berichtigte zunächst über die Unterhandlung mit den Arbeitgebern. Die Baununternehmer legten an der Sitzung ihre Befürchtungen vor, welche sie durch die Unterhandlung mit den Arbeitgebern erfahren hatten. Während dieser Unternehmern und sämtlichen Zuhörermeister es abgelehnt haben, mit uns zu unterhandeln. Wir haben nun über den heutigen Kaffenendan die Souverän verhängt; dadurch sind 180 Arbeitseinsatzarbeitsplätze; auch die freien Mauerer sind schon abgereist. Der Kampf scheint ein hartnäckiger zu werden. Die Meister versuchen, vor auktorialen Arbeitgeleute heranzutreten, während die Kollegie die Arbeit, die noch im Kaffenbau läuft, führt, von und nach dem Bauplatz begleitet. Es arbeiten noch 28 indifferente Kollegen die uns aber nicht fördern können, weil die Mauer mit uns solidarisch fühlen. Der Geist unter den Streikenden ist gut; der Verlust seitens der von der Sparte nicht betroffenen Meister, je wann Mann nach der Kaserne hingehen, um dort die Ab- oder aufzunehmen scheiter gründlich, da die meisten der hier anwesenden Kollegen Mitglied des Fachvereins sind. Derselbe zählt 680 Mitglieder und ist gut organisiert. Wie appelliert

schlagend - sich nur best - hat besonderer W Gesellsch - teien. Der Lesei - haupten in Frager - en. Die um iner Bau - schung des ist doch ist und be - sicht - ens. „Ge - un - be - mewen - tsvertra - den ge - jec - schaf - den egen des einer An - entlichen“ Frager - ner oder so folcher Formicung Sängungen und Sta - tushaltung als möglichst Angebote sohn der gewor - in Namen stern und ne Frage ob Anstich verblebi - eien im schus - be - gie - um - gegrüs - gliches - et: o! u - b - o - e - t - e - h - n - i - r - u - f - u - n - g - s - "öffnet da weiß auf die wird es sellen im sie du - müssel - ben, di - lüser bei - grüttet daß in Pe - dige - en, ing - us. Ein - worden ferma - aus - schuß ter stellt Eätig - keit des welche Aus - den - h - ilf - en - d - l - u - g - u - n - g - der - aus - schuß - n - t - e - r - A - u - s - i - a - t - e - be - beginn - e - Ver - m - ö - g - e - n - angehö - r - i - c - h - t - zu - Ge - sell - en - mal vor. Wenn mungen in Er - den in - gehenden er des (Verich - iur ihre entliche - lot).

ein bei  
2 Tagen  
arbeits-  
tage bei  
Mitt. 40  
tag ein-  
zammlung  
und aus-  
stellung  
word ar-  
beit und

nun an das Solidaritätsgefühl aller deutschen Arbeiter, gleichviel welcher Branche, und ersuchen dringend um Aufhaltung des Jugos, sowie um peinliche Unterstüzung. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: "Die heutige öffentliche Arbeiterversammlung erkennt die Forderungen der Maurerarbeitsleute voll und ganz an und verpflichtet sich, solidarisch für die gerechten Forderungen derselben einzutreten." Mit einem begeisterten Hoch auf die Organisation schloß der Vorstehende die Versammlung. — Briefe und Gedenkungen sind zu richten an W. Dese, Friedrichstraße 23, Rostock in Mecklenburg.

#### Maurer und Zimmerer.

**Stralsund.** Eine öffentliche Versammlung der Maurer und Zimmerer fand hier am Sonntag, den 14. April, Nachmittags 5 Uhr, statt. Auf der Tag-Ordnung stand: 1. Abrechnung vom Generalfonds. 2. Berichterstattung vom letzten deutschen Maurerkongress. Nach vollzogener Bureauwahl wurde der Versammlung die Abrechnung vorgelegt, die leider nicht günstig lautete; ein Defizit von M. 33 lag vor. Auf Antrag der Kollegen Trappe (Zimmerer) und Burmeister (Maurer) wurde beschlossen, daß fortan die Generalfonds der beiden Gewerkschaften getrennt verwaltet werden sollen; die Deduktion des Defizits wurde zu gleichen Hälften von beiden Gewerkschaften übernommen. Für den Generalfonds der Maurer wurde die bisherige Verwaltung wieder gewählt. Zum zweiten Punkt der Tag-Ordnung referierte Kollege Müggendorf, der die hiesigen Maurer auf dem Kongress vertreten hatte. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen desselben einverstanden und wurde folgend vom Kollegen Haack eingebrachte Resolution angenommen: "Die heutige öffentliche Versammlung verpflichtet sich, überall im Sinne der gesetzten Kongressbeschlüsse für genaue Innenhaltung und Ausführung derselben einzutreten." Hierauf wurde die Versammlung vom Vorstehenden geschlossen.

#### Krankenkasse.

**Charlottenburg.** Eine Mitgliederversammlung der hiesigen Filiale der Central-Frankenkasse "Grundstein zur Einigkeit" fand am 28. April, Vormittags 9 Uhr, in Bodrich's Salon, Spreesstraße 8, statt. Der Bevollmächtigte machte die Tag-Ordnung bekannt, ließ das Protokoll vorlesen und ertheilte dann dem Käffler zur Abschöpfung über das erste Quartal das Wort. Die Einnahme ergab: Baarer Kassenbestand M. 349,19, Eintrittsgelder 34,00, Beiträge erster Klasse 394,35, zweiter Klasse 627,20, dritter Klasse 2,25, für Statuten und Quittungsbüchlein 4.—, Summa M. 1414,99. Die Ausgaben: M. 1200,30. Kassenstand am Schluß des Quartals: M. 214,69. Nach Erteilung der Decharge machte der Bevollmächtigte auf die Paragraphen 12, 21, 23 und 44 Abs. 6 aufmerksam und ersuchte die Mitglieder, sich genau nach denselben zu richten, wibrigenfalls sie in die statutengemäße Strafe verfallen. Ferner erinnerte Hedner die stellvertretenden Vorstandmitglieder an ihre Pflichten, da dieselben seit Aufnahme der neuen Statuten erst einmal zusammen gekommen sind, mehrläufig er sich gehörig seie, einige derselben laut § 44 Abs. 6 in Strafe zu nehmen. Dann kam der Bevollmächtigte auf Betriebsunfälle zu sprechen und legte klar, wie sich die Mitglieder bei Unfällen zu verhalten haben. Ein Jeder solle darauf halten, daß in jeder Baustube ein Unfall-Reglement vorhanden ist und auch von den Kollegen gelesen wird, um möglichst Unfälle zu verhindern. Nachdem noch in kurzen Ausführungen die Vortheile der Frauensterbekasse erläutert und der Beitritt zu derselben für die Frauen der Mitglieder warm empfohlen worden, wurde die Versammlung geschlossen.

Bei spät für diese Nummer gingen ein die Berichte von Gehege, Duisburg, Bielefeld, Halle und Cassel.

#### Eingesandt.

##### Aus Preußen.

Zur Streitfrage hat kürzlich auch der hiesige Gewerbeverein Stellung genommen. Einer Verzählung derselben lag die Frage vor: "Wie haben sich die Arbeitgeber gegenüber den immer wiederkehrenden Streiks zu benehmen?" Diese Frage gab zu einer längeren Besprechung Anlaß, über welche die "Bremen Nachrichten" wie folgt referieren:

"Von dem Referenten wird, nach Darlegung der gesetzlichen Vorrichtungen (Koalitionsfeste) und einem kurzen Rückblick auf die Geschichte einzelner Streiks hervorgehoben, daß die Arbeitgeber sich besser organisieren sollten. Die §§ 150 und 158 der Gewerbeordnung lämen auch ihnen zu Gute. Andere Redner führten aus, daß den größten Schaden bei Arbeitseinstellungen immer die Arbeitgeber hätten. Der Schluß sei meistens unverhältnismäßig und werde aus dem Streitkasse unterstellt. Der Meister sei an die Scholle gebunden und stehe unter dem Drange seiner Kundenfamilie; das müssen die Arbeitnehmer in der rohsten Weise aus. Schließlich seien in dieser Beziehung die leichten Hamburger Arbeitseinstellungen, über die eine Denkschrift dem dortigen Senat überreicht worden sei, sehr verbreitet und verhältnismäßig leicht. Das vernehme den Übermuß der Sozialdemokraten. Die Herrenreiter in den Fachvereinsblättern seien geradezu machtlos, die selben würden ohne Anahme wahrscheinlich von den extremen Sozialdemokraten rebügeln. Es werden einige Stellen aus einer Fachvereinszeitung, welche diese Behauptungen bestätigen, vorgelesen. Durch diese Blätter werde die heranwachsende Jugend, welche Dérartiges in sich aufzunehme, vollständig verdorben. Es komme noch dahin, daß auch der kleine Handwerker der Sozialdemokratie in die Arme getrieben werde, wenn nicht energetisch

dagegen eingeschritten werden könne. Die Arbeitgeber an sich seien machtlos. Nicht nur der soziale Frieden, sondern unser ganzes wirtschaftliche Leben werde dadurch gefährdet, daß man durch eine so weit gehende liberale Gelehrte alle sozialen Elemente im Volke entfesselt habe. Ein Hauptziel der Sozialdemokraten sei es jetzt auch, die Innungen zu zerstören. Deshalb setzt es sich der Behörde, die Innungen zu fördern und zu unterstützen, damit sie lebensfähig bleibend und jedem Anhänger der Sozialdemokraten die Spize bieten können."

Sowohl der Bericht, welcher, wie uns von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, durchaus der Wahrheit entspricht. Vielleicht ist die berechtigte Redaktion des "Grundstein" so freundlich, die Streitbeobacht der Gewerbeverein ein bisschen zu beleuchten.

Anmerkung der Redaktion. Diesem Wunsche wollen wir gerne entsprechen. Die ganzen Ausführungen beweisen, wie es durchaus unsäglich zu einer sachlichen Erörterung der Streitfrage die Herren Gewerbevereine sind. Sie haben von bössem Fanatismus und arger Beschränktheit zeugend Heftspäulen gegen die Arbeiterschaft gehalten, weiter nichts. Wir können die Herren darob nur unseres aufrichtigen Mitteids versichern; haben sie doch lediglich nachgesprochen, was eine gewisse genannte "gutgläubige" Preis' seit gerauer

Zeit Tag für Tag an tendenziösen Verleumdungen und Dummkoppen über die Streitbewegung schreibt. Dahingehört insbesondere die bodenlos lächerliche Verquälung des Streiks mit der Sozialdemokratie und der nicht minder lächerliche Vorwurf, daß die Behörden den Streiks gegenüber häufig sich zu reservirt verhielten.

Natürlich, ginge es nach dem Wunsche gewisser ordnungsliebender Unternehmer, so müßte die Polizei, ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz, jeden streikenden oder sonstig "unbeherrschbaren" Arbeiter einsperren. Doch über dieses Kapitel wollen wir uns demnächst mal in einem im Allgemeinen betont, daß der mitgetheilte Bericht auf's Neigezt, bis zu welch unerbittlichem Grade die Korruption des Rechtsbewußtseins in gewissen Kreisen bereits gelebt habe.

Man hört den Arbeitern ihr bisschen gelegentlich Koalitionsrecht zum Zwecke der Erlangung besonderer Arbeitsbedingungen nicht; das nächste, rücksichtslose Sonderinteresse bliegt sich hinter dem Bemühen, dieses Recht zu besiegeln. Da ist es dann gar so quecken, sich hinter die Behauptung verschleißen zu können, es handele sich nur um die Wahrung des "sozialen Friedens" und um den Kampf gegen die Sozialdemokratie! Was derartige Behauptung zu halten ist, haben wir schon öfter dargelegt; dieselbe kann jedem vernünftigen, rechtlich und vorurtheilsfrei denkenden Menschen, gleichviel welcher Parteirichtung er angehört, nur ein mittelloses Völchen abdröhnen. Aber betrüblich über alle Maßen ist es doch, erleben zu müssen, wie die wichtigsten wirtschaftlich-sozialen Recht- und Streitfragen von gewissen Deutens, die sich mit "Bildung" und "Ordnungsliebe" beschäftigen, nicht etwa einst und sachlich diskutiert, sondern in tendenziöser Weise verwirkt und mißbraucht werden. Da will man klagen über "mahllose Herzerlen" in den Fachvereinsblättern? Sicherlich! Eine schlimmere Beschimpfung als die fortgesetzte seitens liberaler und konserватiver Zeitungen, die habsamtheit Norddeutsche Allgemeine Zeitung" an der Spitze, sowie von den Jüngsten gegen die Arbeiterschaft und deren gesetzliche Grundlagen gerichtet wird, ist schwerlich denkbar. Wenn dann die Arbeiterpresse mit den Herren gehörig in's Gericht geht und die Rechte und Interessen der Arbeiter vertheidigt, dann erhebt man ihrer gegenüber den Vorwurf der "Recherchi". Und dabei entblödet man sich nicht, die Fachblätter als "wahrhaftig inlich von den extremen Sozialdemokraten rebügelt" zu denunzieren. Das ist auch viel leichter, als mit diesen Blättern sachlich diskutieren.

#### Briefkasten.

\* Die geehrten Verbreiter unseres Blattes werden hiermit ergeben erachtet, thöts um uns Porto zu sparen, ebenfalls auch, damit wir jederzeit den vorher unberechneten Bezahlungen genügen können, die Nachbefestigungen stets bis zum Mittwoch früh jeder Woche an die Expedition gelangen zu lassen. Die Auslage der Nummer 14—17 ist vollständig vergriffen.

Mainz, 3. Die Ihnen überlieferte Rechnung lautet auf M. 29,50; Sie haben überwund M. 29,30. In den Abonnementsbedingungen festgelegte Preis muß vollständig bezahlt werden, da je nach der Anzahl der beigefügten Exemplare der Preis niedriger gesetzt ist. Billiger können wir nicht liefern. Gruss.

Kiel, 3. Wir müssen in Rücksicht auf die stets wachsende Anzahl der Korrespondenzen darauf bestehen, daß uns die einzelnen Versammlungsberichte möglichst bald nach Abhaltung der Versammlungen zugeschickt werden. Drei Berichte aus einer Stadt auf einmal ist zu viel für eine Nummer des "Grundstein"; da ist wir zur Abkürzung gezwungen. Außerdem erachten wir, einen breiteren Raum zur Korrespondenz frei zu lassen und nicht so eng zusammenzuschreiben.

Breslau, M. und B. Besten Dank, wir haben bald als möglichst benötigt. Lassen Sie doch über die dortige Situation etwas von sich hören. Altona, J. W. Liebhäuse Bierhalle, Curienstraße. Bund der Maurer- und Zimmermeister zu Hamburg. Köln a. Rh., G. Gut! Gruss.

#### Anzeigen.

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipser und Zinkhauer Deutschlands, "Grundstein zur Einigkeit". (E. H. Nr. 7, S. 12.) Altona

In der Woche vom 21. bis 27. April sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Bensheim A. 60, Neu-Büppen 200, Eichstadt 60, Würzen 47,10, Magdeburg 80, Kiel 886,76, Summa M. 833,85.

Beschlüsse erhielten: die örtliche Verwaltung in Bensheim A. 30, Bielefeld 1, Braunsch. 100, Gerau 100, Seesenbach 200, Dresden 200, Freiburg 100, Flensburg 100, Chemnitz 100, Holzminden 100, Zahl i. Baden 100, Schierstein 50, Summa M. 1180.

Altona, den 28. April 1889.

E. Reich, Haushaltsscr.

Friedrichsstraße Nr. 32, Haus 7

#### Abonnements-Quittung.

Für das vierte Quartal 1888:

Cöln a. Rh., S. (Ref.) A 4; Mainz, S. 22,80; Norberney, S. (Ref.) 1,60.

Für das erste Quartal 1889:

Wilhelmshaven, S. M. 37,10; Cöln a. Rh., S. (erste Rate) 5; Marburg, S. 3; Düren, S. 1,40; Lüdenscheid, S. 9; Altona, S. 37,80; Greifswald, S. 5,80; Norberney, S. 2,40; Minden, S. (dritte Rate) 20; Husum, S. 6,80.

Für das zweite Quartal 1889:

Neuland, U. M. 3,80; Bremen, S. 8,10; Düren, S. 1,40; Schönebeck, S. 8; Elmshorn, S. 25,60; Hamburg, S. 10,50; Gifhorn, S. 16,20; Lüneburg, S. 28. J. Stantgl.

#### Maurer-Kranken- und Begräbniskasse (E. H.)

zu Leipzig.

Sonntag, den 12. Mai a. c., Vormittags 1/11 Uhr, findet im Saal der "Flora" Windmühlenstr. 14/16, die Außerordentliche Generalversammlung (Fortsetzung der jährlichen Generalversammlung) statt.

#### Tagess-Ordnung:

Anträge laut § 32 des Statuts.  
Öffne Mitgliedsbuch kein Nutzen; Richterschein wird nach § 32 des Statuts gehabt.

[M. 2,10] G. Kalb, d. S. Vorsteher.

#### Unterstützungskasse der Maurer-Kranken- und Begräbniskasse zu Leipzig.

Die Generalversammlung findet Dienstag, den 14. Mai a. c., Abends 1/8 Uhr, im Saale der "Flora", Windmühlenstr. 14/16, statt.

#### Tagess-Ordnung:

1. Abrechnung bis alt. 1888.  
2. Anträge laut Statut.  
Das Mitgliedsbuch der M. K. K. berechtigt zum Glüttell. [M. 1,80] G. Kalb, d. S. Vorsteher.

#### Zentral-Frankenkasse der Maurer u. w. (Grundstein zur Einigkeit.)

Örtliche Verwaltung siehe.

Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 8. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Baumanz, Alte Reihe Nr. 8.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.  
[M. 1,35] Die örtliche Verwaltung.

#### An die Abonnenten in Minden i. W.

Der Unterzeichnete erachtet alle Abonnenten, welche mit ihrem Abonnementshinweis noch im Rückstand sind, dies vor ungezäumt zu entrichten, wördigfalls die Veröffentlichung derselben in der nächsten Mitgliederversammlung des Fachvereins erfolgen muss. Dieselbe findet am 25. Mai statt.

Allen Bekannten, die mit mir in Korrespondenz stehen, zur Nachricht, daß meine Adresse jetzt lautet:  
Hann.-Hamburg, Vorstelmannsweg 32/34.

Damian Schmidt.

#### Volkssbibliothek des gesammten menschlichen Wissens.

Herausgegeben von Wilhelm Liebnecht  
Kommissionsverlag von R. Schnabel in Dresden (Brüderstraße 8).

Escheint in Wochenheften zu 10 Pf.

Die soeben zur Ausgabe gelangten Hefte 83 und 84 enthalten: "Die soziale Frage" von Augustinian Schleifer.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Im Verlag von Heinrich Wands, Stuttgart, Seite 203. Etwas ist erschienen und durch die gleiche Adresse zu beziehen: "Der Wert der Organisation", gewidmet den Arbeiter-Fachvereinen von F. Stern. Die Broschüre besteht in leicht verständlicher aber bestimmter Form den Wert der Arbeiter-Fachorganisationen. Der Preis ist, um die Broschüre jedem Arbeiter günstig zu machen, auf 5 Pf. festgesetzt. Bei Massenbezug ist sie zu machen, auf 4 Pf. berechnet. Bei Vereinen wird das Exemplar mit 4 Pf. berechnet.

Jean Holze, Hamburg, Gr. Drehbahn 45.

Umtütungs-Märkte und Kaufhaus-Stempelsabril.

Lieferant an circa 5000 Geschäften und Vereinen.

Beste Bezugsquelle.

Proben und Preislisten gratis und gratuito.

#### Verichtigung.

In Nr. 17 ist durch Übersetzen bei der Korellreise ein entstellender Satzfehler stehen geblieben. Es muß in der Annonce "Stiftungsfest" hießen:

Neuhause a. E.

#### Wegen Raumangst mußte die Veröffentlichung der Restanten zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Verlag von J. Stantgl, Hamburg.

Druck von F. G. W. Diez, Hamburg.